

Zeitschrift: Schweizer Hotel-Revue = Revue suisse des hotels
Herausgeber: Schweizer Hotelier-Verein
Band: 49 (1940)
Heft: 43

Heft

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 13.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

SCHWEIZER HOTEL-REVUE

Nº 43

Basel, 24. Oktober 1940

FACHORGAN FÜR DIE HOTELLERIE UND DEN FREMDENVERKEHR

Nº 43

Bâle, 24 octobre 1940

INSERATE: Die einspaltige Nonpareilleiste oder deren Raum 45 Cts. Reklamen Fr. 1.50 par Zeile. Bei Wiederholung entsprechend Rabatt.

ABONNEMENT: SCHWEIZ: jährl. Fr. 12.—, halbjährl. Fr. 7.—, vierjährlich Fr. 4.—, monatlich Fr. 1.50. AUSTRALIEN: bei direktem Bezug jährl. Fr. 12.—, halbjährlich Fr. 8.50, vierjährlich Fr. 5.—, monatlich Fr. 1.80. Postabonnement: Preise bei den ausländischen Postämtern erfragen. Für Adressänderungen ist eine Taxe von 30 Cts. zu entrichten.

Eigentum des
Schweizer Hotelier-Vereins



Propriété de la
Société Suisse des Hôteliers

Erscheint jeden Donnerstag.

Neunundvierzigster Jahrgang
Quarante-neuvième année

Parait tous les jeudis

Postcheck- & Giro-Konto No. V 85

Redaktion u. Expedition: Gartenstrasse No. 112, Basel
Verantwortlich für Redaktion und Herausgabe: Dr. Max Riesen

TELEPHON
No. 27934

Rédaction et Administration: Gartenstrasse No. 112, Bâle
Druck von Emil Birkhäuser & Cie, A.G., Basel

Compte de chèques
postaux No. V85

Aus dem Zentralvorstand

Sitzung vom 14./15. Oktober 1940 im Hotel „Central“, Zürich

An der von Herrn Zentralpräsident Dr. H. Seiler geleiteten Sitzung nahmen die Herren Vizepräsident E. Elwert, R. Bieri, H. Bon, F. Cottier, A. Fanciolla, A. Gamma, F. Kottmann und V. Wiedeman teil. Wegen Militärdienst ist Herr von Almen entschuldigt abwesend.

Vom Zentralbüro sind die Herren Dir. Dr. Riesen, Dr. Büchi und Dr. Streiff anwesend.

1. Mitteilungen des Herrn Zentralpräsidenten

Der Vorsitzende dankt Herrn E. Elwert seine Bereitwilligkeit, das ihm übertragene Amt als Vizepräsident zu übernehmen. Der Zentralvorstand weiss das objektive und fachkundige Urteil des Gewählten, sowie dessen rege Anteilnahme an den Vereinsgeschäften zu schätzen.

2. Sommersaison 1940

Der Vorstand bespricht eingehend den Verlauf der Sommersaison 1940 für die schweizerische Hotellerie. Er kommt nach der Entgegnung der Berichte aus den hauptsächlichsten Fremdenverkehrsbüros zum Schluss, dass im Gegensatz zu verschiedenen in der Presse veröffentlichten günstigen Beurteilungen, von einer befriedigenden oder gar guten Saison nicht die Rede sein kann. Wenn auch einzelne Stationen und Badekurorte während kürzerer Zeit einen regeren Besuch von Schweizergästen aufwiesen, so muss doch die Frequenz, im gesamten betrachtet, als absolut unbefriedigend bezeichnet werden. Die teilweise geradezu katastrophale Verkehrsschrumpfung wurde neben der Unsicherheit der allgemeinen Lage, der Störung des Wirtschaftslebens durch die Grenzbesetzung, besonders auch durch das gänzliche Fehlen der Auslandskundschaft, den Ausfall des Autotourismus, sowie das während Wochen sehr ungünstige Sommerwetter verursacht. Dazu litt das Hotelgeschäft bei zunehmender Verteuerung allgemein unter stark gedrückten Preisen. (Wir werden in der nächsten Nummer auf Grund vom amtlichen Zahlensmaterial nochmals eingehender auf die diesjährige Sommersaison zurückkommen, um die durch allzu optimistische Pressemeldungen entstandene irrtümliche Meinung über einen ordentlichen Geschäftsgang im Fremdenverkehrswoesen zu berichtigten. Die Red.)

3. Bericht über verschiedene Konferenzen

a) Expertenkommission beim eidg. Justiz- und Polizeidepartement betreffend Überbrückungsvorlage für die Hotellerie: Wie bereits kurz in der Hotel-Revue (Nr. 39) gemeldet wurde, fand unter dem Vorsitz von Herrn Dr. Kuhn, Chef der eidg. Justizabteilung, am 17. September eine Sitzung der Expertenkommission statt, an welcher neben unserer Vereinsdelegation Vertreter der SHTG, der Banken und des Personalverbands teilnahmen. Im Vordergrund der Beratungen stand das Problem der Anpassung des Zinsfusses an die Ertragsverhältnisse der Hotelbetriebe. Ein Antrag auf Festsetzung eines fixen Zinsfusses von beispielsweise 3% an Stelle einer variablen Verzinsung darf keine Berücksichtigung. Von Gläubigerseite wurde seither der Gedanke eines Zinsausfallschein wieder aufgegriffen und das Begehr gestellt, den vertraglichen Zinssatz bei 3.5% und nicht bei 3% festzulegen. Diese Lösung würde aber die nachrangigen Pfandgläubiger beeinträchtigen, sodass sie, gleich wie der Vorschlag auf Einführung des Ausfall-scheines, von unserer Seite abgelehnt wurde. Der Zentralvorstand nahm mit Befriedigung davon Kenntnis, dass die Vorlage demnächst dem Bundesrat unterbreitet wird, sodass mit ihrer Verabschiedung noch im Laufe dieses Monats gerechnet werden darf. Unsere Vereinsleitung sprach aber die bestimmte Erwartung aus, dass am Entwurf, wie er seinerzeit von der Expertenkommission gutgeheissen worden war, keine prinzipiellen Änderungen mehr vorgenommen werden. Diese Verabschiedung wurde dem Chef des eidg. Justiz- und Polizeidepartementes in folgendem Telegramm unterbreitet:

„Der in Zürich versammelte Zentralvorstand SHV ersucht Sie nochmals dringlich, an den Beschlüssen der Expertenkommission über die Verordnung über vorübergehende rechtliche Schutzmassnahmen für die Hotelindustrie festzuhalten, namentlich den Zinsfuss auf 3%, zu belassen und von einem Zinsausfallschein abzusehen. Wir erwarten vom Standpunkt des Hotelgewerbes aus diese beiden Punkte von ganz besonderer Bedeutung.“

Von den zuständigen Abteilungen des Polizeivertretungsdienstes ist auch der Entwurf zu einem Antrag dieses Departementes an den Bundesrat über die Fortsetzung der finanziellen Hilfemaßnahmen für das schweizerische Hotelgewerbe aufgestellt worden. Dadurch soll ein Bundesratsbeschluss herbeigeführt werden,

möglichen, Vereinbarungen irgendwelcher Art auf lange Dauer abzuschliessen oder auf Vorschläge einzutreten, die der dardinielliegenden Hotellerie neue untragbare Lasten zumuten.

5. Audienz beim Bundesrat

Die seinerzeit nachgesuchte Audienz beim Bundesrat konnte noch nicht stattfinden. Der Zentralvorstand erachtet es aber nach wie vor als unumgänglich, der obersten Landesbehörde in mündlicher Vortrag unsere dringlichsten Postulate auseinanderzusetzen. Bei dieser Gelegenheit wird zu Handen der verschiedenen Departemente, welche für die einzelnen Angelegenheiten zuständig sind, eine Denkschrift überreicht, die von der Direktion des Zentralbüro ausgearbeitet wird.

6. Fachschule

Der Zentralvorstand nimmt einen Bericht der Fachschulkommission über das nächste Schuljahr entgegen. Es ist vorgesehen, vorläufig einen 5—6 monatigen Kurs von Mitte März bis Mitte September 1941, mit einem zweiwöchigen Ferienunterbruch im Hochsommer, durchzuführen. Die Kommission betraute verschiedene Subkommissionen mit der Ausarbeitung eines neuen Lehrplanes, wobei dem praktischen Unterricht vermehrte Bedeutung zu kommen soll.

Die Fachschulkommission wird im weiteren ermächtigt, die Vorarbeiten für die Durchführung von sog. Schulungslagern fortzusetzen und in Verbindung mit der Personalorganisation die nötigen Schritte zu unternehmen. Organisation und Abhaltung der Kurse, Kursplan, Finanzierung und alle weiteren damit zusammenhängenden Fragen bilden Gegenstand weiterer gemeinsamer Studien mit einer Vertretung der UH.

7. Schaffung der schweizerischen Zentrale für Verkehrsförderung

Der Zentralvorstand wird durch unsere Vertreter in der mit den Reorganisationsfragen betrauten Fachkommission, über den Stand der Überführung der SZV in die neue Organisation orientiert. Die Gründungsversammlung der SZV ist auf den 18. November anberaumt. Am gleichen Tage soll auch die Liquidation des SVZ stattfinden. Der Zentralvorstand stimmt dem Entwurf zum Vertrag zwischen SZV und SBB betreffend Übernahme der Auslandsagenturen und dem Entwurf zu einem Organisationsstatut für die SZV in der Fassung, in der die Vorlagen aus den Beratungen der Fachkommission verringelt. Zu Er beachnet ferner die Herren weiter unten vertretenen Vorsitz und Ausschluss der SZV vertreten sollen. Auch die Präsidentenwahl bildet das Gegenstand einer eingehenden Aussprache.

8. Bericht der Direktion

Eidg. Wehröpfer. Der Vorstand nimmt einen Bericht über die Verhandlungen mit der Eidg. Steuerverwaltung betreffend Einschätzung der Hotelliengeschäfte entgegen. Ein allgemeines Schema zur Ermittlung des Ertragswertes von Hotelliengeschäften wurde bedauerlicherweise von der Konferenz der kantonalen Steuerbehörden abgelehnt. Hingegen erklärten die Behörden auf die gegenwärtige Lage der Hotellerie möglichst Rücksicht nehmen zu wollen. Über das Einschätzungsverfahren wird in der Hotel-Revue ein orientierender Artikel erscheinen, wodurch hier verwiesen sei (vgl. Nr. 42). Was die Besteuerung der Ausländer anbetrifft, so sind diesbezüglich noch Unterhandlungen im Gange. Es muss namentlich in Betracht gezogen werden, dass eine allz starke Belastung ausländischer Hotelgäste eine vorzeitige Ausreise aus der Schweiz zur Folge hat, da die Steuerpflicht bereits schon nach drei Monaten Aufenthalt beginnt. Es ist zu befürchten, dass der Hotellerie dadurch Schaden entsteht und der Staat überhaupt leer ausgeht. Erleichterungen, die nun angestrebt werden, sind ohne Zweifel am Platze.

Requisitionen von Hotels. Aus einer Antwort des Militärdepartements geht hervor, dass die Angelegenheit der Entschädigungen für militärische Einkünfte und Unterbringung von Internierten in Hotels bei den Behörden immer noch im Studium ist. Das Departement bittet in der Erledigung der hängenden Fragen um Geduld. Weitere Rücksprachen bei den Behörden sind vorgesehen.

SZV: Über den Erfolg der neu eingeführten Herbstfahrten in die Weinberge liegen noch zu wenige Berichte vor, um abschliessend urteilen zu können. Jedenfalls wurde aus Mitgliederkreisen der Wunsch geäußert, bei der Unterbringung der Reiseteilnehmer auch die kleineren Betriebe vermehrt zu berücksichtigen. Das Winter-Werbeprogramm beschränkt sich ausschliesslich auf die Schweiz und soll eine eher humoristische Note in die Propaganda hineinbringen. (Nähre Angaben über die Winteraktion finden sich an anderer Stelle des Blattes. Die Red.)

Einführung der Sommerzeit: Die Anfrage des Schweizerischen Handels- und Industrievereins wird dahin beantwortet, dass die Hotellerie nichts gegen die Einführung der Sommerzeit im Sommerhalbjahr 1941 einzuwenden habe. Verlängerung der Sonntagsbillets: Unsere Eingabe an die Generaldirektion SBB wegen Ausdehnung der Gültigkeit der Sonntagsbillets und zwar so, dass diese bereits ab Freitag Nach-

ANNONCES: La ligne de 6 points ou son espace 45 cts, réclame fr. 1.50 par ligne. Rabais proportionnel pour annonces répétées.

ABONNEMENTS: SUISSE: douze mois fr. 12.—, six mois fr. 7.—, trois mois fr. 4.—, un mois 8 fr. 50; 3 mois, 5 fr.; 1 mois, 1 fr. 80. Abonnement à la poste: demander le prix aux offices des postes étrangers. Pour les changements d'adresse il est perçu une taxe de 30 centimes.

Inhaltsverzeichnis:

Seite 2: Zur Arbeitsbeschaffungsaktion in der Hotellerie — Die deutsche Quartiersentschädigung und wir — Neue Wege der Motorfahrzeugbesteuering — Verordnung über vorübergehende rechtliche Schutzmaßnahmen — Auslandschronik. Seite 3: Butterrationierung — Rationierung von tierischen Fetten — Kriegswirtschaftliche Massnahmen — Wirtschaftsnotizen — Aus den Sektionen. Seite 4: Saisonnotizen — Totentafel — Büchertisch — Geschäftliche Mitteilung.

Ausnahmebestimmung betr. Heizungszuschläge

Wir verweisen nachdrücklich auf die vom Zentralvorstand beschlossene Ausnahmebestimmung betr. die Berechnung der Heizungszuschläge für Geschäftsreisende, die aus dem Protokollauflauf über die Sitzung des Zentralvorstandes ersichtlich ist. Von einer weiteren Mitteilung an die Sektionen und Einzelmitglieder auf dem Zirkularweg wird abgesehen.

mittag benutzt werden können, befindet sich bei der Leitung der SBB im Studium. (Es sollen gewisse Bedenken gegen die Neuerung bestehen, da befürchtet wird, dass die Wochenendbills dann vermehrt für Geschäftsreisen beansprucht werden. Dem wäre dadurch zu steuern, dass die Rückfahrt frühestens am Sonntag angetreten werden kann. Die Red.)

Bundesgesetz betr. Verwertung der Urheberrechte: Dieses Gesetz ist wider Erwartungen in der abgelaufenen Session ohne grosse Änderungen von beiden Räten gutgeheissen worden. Wir sind bestrebt unserem Verein eine angemessene Vertretung in der Schiedskommission für die Festsetzung der Gebühren zu sichern. Unser Begehr sollte um so eher entsprochen werden, als die Hotellerie doch zu den grössten Musikkonsumenten gehört.

Freizügigkeit des Arbeitsnachweises: Da noch nicht alle in dieser Sache angefragten Sektionen (es handelt sich späziell um welche Sektionen) auf unsere Rundfrage in dieser Angelegenheit geantwortet haben, musste die Eingabe an die eidg. Behörden betragen. Sicherstellung der Freizügigkeit des Arbeitsmarktes für das Hotelpersonal innerhalb der Eidgenossenschaft zurückgestellt werden.

Militärische Urlaube und Dispensationsen: Den vorliegenden Berichten über die Stellungnahme der militärischen Instanzen zu dieser Sache kann entnommen werden, dass Urlaubsgesuchen von Personal, welches für die Beseitung der Heizungsanlagen benötigt wird, oder das hauptsächlich auf das Winter- und Frühjahrs geschäft angewiesen ist, in vermehrtem Masse entsprochen werden soll. Auch ist ein verlängerter Turnus im Ablosungsdienst vorgesehen, so dass das Personal eher die Möglichkeit haben wird, zwischen den einzelnen Diensten sich wieder auf beruflichem Gebiete zu betätigen.

Verdienstersatzordnung: Verschiedenerorts wurde von Verdiensterversakkassen versucht, von geschlossenen Hotels die monatlichen Betriebssteuere zu erheben. Für diesen Betrieb fällt während der Dauer der Schliessung aber nicht nur der Lohnanteil, sondern auch der Betriebsbeitrag weg, worauf unser Mitglieder ausdrücklich aufmerksam gemacht seien.

Die Direktion berichtet ferner noch über die 5-Tagewoche angepasste Arbeitszeit im Zentralbüro. Es wird an Samstagen, da das Bureau geschlossen ist, ein telefonischer Betriebsdienst organisiert, so dass für dringende Angelegenheiten stets einer der massgeblichen Herren erreicht werden kann. Die mit der Überprüfung der Vereinsfinanzen betrauten Vertraulentsen erstatten Bericht über ihre Ort und Stelle durchgeführten Erhebungen. Das Inkasso der Mitgliederbeiträge ist gegenwärtig voll im Gange. Mit Rücksicht auf die reduzierten Beiträge darf erwartet werden, dass alle Mitglieder ihren Verpflichtungen nachkommen. Für geschlossene Betriebe wird eine Sonderregelung betragen. Abführung der Betreffe für das Stellenbüro gutheissen, sofern von den betreffenden Unternehmen ein diesbezügliches Gesuch gestellt wird.

Abschliessend folgt noch ein Résumé über die Tagungen des Schweizer Gewerbeverbandes, des Schweizer Fremdenverkehrsverbandes und des Schweizer Skischulverbandes, an welcher unser Verein durch die Direktion vertreten war.

9. Preisnormierung

a) Reklame betrifft die Warmwasserzubereitung mit Elektrizität. Der Zentralvorstand bespricht die Frage der besonderen Reklame über „dauernd fließend warmes Wasser“, die von einzelnen Häusern aufgezogen wurde. Er erachtet es als unkolligial gegenüber denjenigen Mitgliedern, die durch die behördlichen Erlasse gezwungen wurden, die Warmwasserbereitung auf einen Tag in der Woche zu beschränken, wenn die nicht unter das Verbot fallenden Hotels die Notlage der andern noch durch besondere Reklame ausnutzen.

b) Spezialarrangement für Wohngäste.
Auf Antrag der Preisnormierungskommission, dass bei Spezialarrangements für Wohngäste die Minimalpreise nicht unterschritten werden dürfen, beschliesst der Vorstand, dass diese Frage von der Kommission weiter verfolgt werde und letztere in Einzelfällen intervenieren solle.

c) Heizungszuschläge. Während die Eidg. Preiskontrollstelle die von der Delegiertenversammlung beschlossenen Heizungszuschläge, abgestuft nach Minimplanspreis-Kategorien, genehmigte, konnte in bezug auf die Heizungszuschläge in den Hotels-Garni noch keine befriedigende Lösung gefunden werden. Die Verhandlungen müssen deshalb mit der Eidg. Preiskontrollstelle fortgesetzt werden. In diesem Zusammenhang erachtet es der Zentralvorstand als unumgänglich, in Abänderung des Beschlusses der Delegiertenversammlung, für Geschäftreisende den Heizungszuschlag auf minimal 50 Rp. pro Logiernacht herabzusetzen, um so für diese Gästekategorie eine Versteuerung der Hotelaufenthaltskosten zu mildern.

10. Bericht der wirtschaftlichen Beratungsstelle

Der Bericht befasst sich mit dem Ergebnis der weiteren Verhandlungen, die mit der Eidg. Kriegs-Industrie- und Arbeitsamt über den vorzeitigen Betriebsschluss gepflogen wurden. Die Behörden hielten an ihrem Standpunkt fest, wonach der Betriebsschluss generell auf 23 Uhr fällt. Ausnahmen sind hingegen in beschränktem Masse für Saalgeschäfte bewilligt worden. Sodann können auch in eigentlichen Fremdenverkehrsgebieten, in Verbindung mit den Kantonen, weitere Ausnahmen zugestanden werden. Für einige vom Eidg. Amt für Verkehr bezeichnete Bahnhof-Buffets auf Umsteigestationen mit Wartezeit ist der Betriebsschluss auf 23.30 Uhr festgelegt worden.

Die wirtschaftliche Beratungsstelle hatte sodann eine vom Eidg. Kriegs-Industrie- und Arbeitsamt gestellte Frage über verbindliche Festsetzung von Höchstzimmertemperaturen in Gästezimmern zu beantworten. Da sich eine solche Regelung in der Hotellerie technisch nur schwierig durchführen liesse und mit grossen Nachteilen verbunden wäre, haben die Behörden in der Folge davon abgesehen, verbindliche Normen für die Hotellerie aufzustellen. Es werden dafür besondere Empfehlungen befürwortet, die zu Einsparungen von Brennstoffen geeignet sind. (Siehe Hotel-Revue Nr. 41.) Der Mitgliedschaft wird nachhaltig empfohlen, diese Weisungen zu folgen.

Der Bericht befasst sich im weiteren mit den von den Behörden festgelegten Zuteilungssquoten von Kohle zu Heizzwecken. Die Industrie, das Gewerbe und die Spitäler erhalten 50% des normalen Bedarfes zugeteilt, die Hotels und Gaststätten 45% und die privaten Haushaltungen 40%. Der immer wieder verlangten Besserstellung der Hotellerie gegenüber den Haushaltungen sind die Behörden nachgekommen, doch wurde bedauerlicherweise die Hotellerie nicht dem Gewerbe und den Spitätern gleichgestellt, obwohl sich eine solche Zurücksetzung nicht rechtfertigt. Voraussichtlich ist nach Neujahr nochmals eine weitere Zuteilung möglich, sofern die Versorgungslage sich nicht verschlechtert.

Bezüglich der Lebensmittelrationierung kommen verschiedene Fragen zur Sprache, die sich im speziellen mit Einsparungen von rationierten Nahrungsmitteln befassten. Auf Ersuchen des Eidg. Kriegsernährungsamtes wurde sowohl in der Hotel-Revue als auch in einem Zirkular an die Sektionen ein Appell erlassen, dass die freiwilligen Anstrengungen zum haushälterischen Verbrauch der rationierten Waren vermehrt werden. Eine entsprechende Anpassung und Umstellung ist ein Gebot der schwierigen Versorgungslage. Wenn auf freiwilligem Wege nichts erreicht wird, so sind ohne Zweifel verschärzte Massnahmen, wie Verbote über Zubereitung gewisser Speisen, zu erwarten.

Zu verschiedenen Mitteilungen geben auch die überfreilichen Erscheinungen auf dem Buttermarkt, sowie die Knappheit an Schweinen, schweinefleisalsose Woche und die gestiegenen Schweinefleischpreise Anlass. Je nach den Verhältnissen sollen entsprechende Schritte bei den zuständigen Stellen unternommen werden.

Über die eidg. Verfügung betreffend Verwertung von Altstoffen und Abfällen wird vom Berichterstatter eine nähere Orientierung entgegengenommen.

Eine vom Verband Schweizer Cigarrenhändler unterbreitete Anfrage betreffend Stellungnahme der Hotellerie zu einer eventuellen Abschaffung der Gratzinduzier beim Verkauf von Tabakwaren, als Folge der eingetretenden Versteuerung, wird vom Zentralvorstand in befürwortendem Sinne behandelt.

In bezug auf die Subventionierung von Hotelrenovationen wurde anschliessend an die Verhandlungen mit der Eidg. Zentralstelle für Arbeitsbeschaffung am sämtlichen kantonalen Regierungen eine entsprechende Eingabe gerichtet. Die Sektionen sind hierüber in Kenntnis gesetzt worden, mit der Empfehlung, ebenfalls entsprechende Schritte in ihren Kantonen zu unternehmen. Einige Nebenfragen, die noch mit der Eidg. Zentralstelle für Arbeitsbeschaffung behandelt werden, sind zur Zeit noch hängig. Um den Mitgliedern die Aufbringung der eigenen Mittel für die Durchführung der Hotelrenovationen zu erleichtern, beschliesst der Vorstand, sich diesbezüglich mit der Schweiz. Hotel-Treuhand-Gesellschaft in Verbindung zu setzen und mit derselben die Frage betreffend Kreditbeschaffung abzuklären.

11. Engere Fühlungnahme mit den Sektionen

An die Sektionen wurde ein Zirkular gerichtet, um einen engeren Kontakt mit dem Zentralvorstand und mit dem Zentralbüro herzustellen, indem die Sektionsvorstände ersucht werden, jeweils über die abgehaltenen Versammlungen Bericht zu erstatten und die gefassten Beschlüsse mitzuteilen. Anderseits beschliesst der Vorstand, anlässlich seiner Sitzungen nach Möglichkeit in engere Fühlungnahme mit den einzelnen Sektionen zu treten.

Umschau

Zur Arbeitsbeschaffungsaktion in der Hotellerie

Wie erinnerlich, gelangte unsere Vereinsleitung in einem Rundschreiben an die kantonalen Regierungen, um diese zu veranlassen, die

in Aussicht gestellten Bundessubventionen für die Hotelerneuerungsaktion durch gleichzeitige Bewilligung kantonalen Zuschriften flüssig zu machen. Eine Reihe von Kantonsgouvernements haben unter Begehrungen an das zuständige Departement weitergeleitet, von welchem die Antwort meistens noch aussteht. Andererseits wieder gelangen ans uns mit dem Wunsche um zusätzliche Angaben über die ganze Aktion und deren Auswirkung auf das Hotelgewerbe und die Kantone. Einige wenige Kantone, und vorab der Tessin, haben prompt und positiv geantwortet. Die Tessiner Regierung ist ihrerseits bereits bei der eidg. Arbeitsbeschaffungszentrale vorstellig geworden und hat sich bereit erklärt, die Subventionsbegleiter aus der dortigen Hotellerie durchwegs zur wohlwollenden Prüfung entgegenzunehmen und im Rahmen der verfügbaren Bundes- und Kantonssmittel finanziell zu unterstützen. Sie spricht dabei die Erwartung aus, dass der Bund mit seinem Beitrag bis zur vierfachen Höhe der kantonalen Subsidien gehe, wie dies ja unter gewissen Voraussetzungen zugesichert worden ist.

Wir hoffen sehr, dass die anderen Fremdenverkehrs-kantone die Möglichkeit der Arbeitsbeschaffung und der Hotelmoderneisierung mit ebenso viel Enthusiasmus und Bereitschaft zur eigenen Beihilfe ausschöpfen, wie dies die Tessiner Kantonsregierung zu tun bereit ist. Wir werden auf die Angelegenheit zurückkommen, sobald weitere positive Äußerungen kantonalen Instanzen vorliegen.

Die deutsche Quarierentschädigung und wir

Kürzlich fand in Frankfurt a.M. eine Konferenz vom Oberkommando der Wehrmacht mit den Wehrkreisverwaltungen über die Auslegung und Anwendung des sog. Reichsleistungsgesetzes statt, das bekanntlich die Entschädigungen der Militärverwaltung an private Quariergeber in vorbildlicher Weise regelt. Es wurde bei dieser Gelegenheit neuerdings der Grundsatz hervorgehoben, dass die gemäß dem Gesetz zahlbaren Vergütungen nicht nur einen Raumtekt darstellen, sondern auch die Kosten für die Wiederinstanzierung der Betriebe, sowie für die Wiederanfangszersetzung der Hotels berücksichtigt. Gleichzeitig sei in der Vergütung auch eine Entschädigung für einen späteren schlechten Geschäftsgang zu erblicken. Die Aussprache ergab, dass anfänglich an verschiedenen Orten der Gedanke des Raumtekt bei der Festlegung der Entschädigungen im Vordergrund stand. Es sei aber dafür zu sorgen, dass die anderen mit der Entschädigung angestrebten Zwecke, vor allem die Wiederinstanzierung der Häuser, ebenfalls erreicht werden.

Die Normen, nach welchen in Deutschland die Entschädigung für militärische Einquartierung ausgerichtet wird, unterscheiden sich also nach ihrer Zielsetzung ganz wesentlich von den in der Schweiz angewandten Methoden. Bei uns beschränkt man sich darauf, eine ausgesprochene Raumentschädigung auszurichten und kommt allenfalls noch für den Typus direkt verursachte Beschädigungen auf. Der Vergütungsansatz aber ist derart fixiert, dass das eigentliche Raumtekt schon sehr knapp ist. Von einer Befreiung zur Wiederinstanzierung der Räumlichkeiten oder Wiederanfangszersetzung des Betriebes kann dabei nicht die Rede sein. Der grundsätzliche und für unser Gewerbe sehr attraktive Unterschied zwischen der deutschen und der schweizerischen Regelung liegt darin, dass die bei uns militärisch requirierten Hotels von dem Militärinstanzien gleich wie irgend eine x-belebige Privatunterkunft beurteilt und eingeschätzt werden. Man vergisst absichtlich (Unkenntnis der Sachlage kommt nicht in Frage), dass die Belegung von Hotelräumlichkeiten mit Militär eine so stark vermehrte Abnutzung zur Folge hat, dass es einfach unmöglich ist, das Quartier sehr schnell wieder seinem früheren Bestimmungszweck zuzuführen. Ferner wird bei uns auch gänzlich der Umstand ausser acht gelassen, dass es für ein seinem eigentlichen Zweck entfremdetes Hotel sehr schwer hält, sich wieder einen Kundenkreis zu schaffen und die früheren Gäste wieder herbeizubringen. Die deutsche Lösung trifft den Kern der Sache und zeigt ein anerkennenswertes Verständnis für die Verhältnisse in der Hotellerie, wenn in die Quartierzersetzung auch eine Beihilfe zur Wiederinbetriebsetzung des Hotels und eine Entschädigung für den anfänglich zu erwartenden schlechteren Geschäftsgang beigebracht ist. Es wäre dringend zu wünschen, dass unsere behördlichen Instanzen, die sich mit der Revision des eidg. Verwaltungsreglements befassten, zuerst einmal gründlich das deutsche Reichsleistungsgesetz studieren und vor allem die Richtlinien übernehmen wollten, nach denen die Ausrichtung der dortigen Entschädigung erfolgt. Damit wäre für unsere militärisch beanspruchten Gastbetriebe schon sehr viel gewonnen.

Strasse und Verkehr

Neue Wege der Motorfahrzeug-Besteuerung

Die katastrophale Gestaltung der Brennstoffzuteilung für Motorfahrzeuge seit dem 1. Juli 1940, die einen Abbau der monatlichen Rationen von durchschnittlich 60% gebracht und den beiden Kategorien C und D ab 1. September überhaupt jede Brennstoffzuweisung genommen hat, brachte es als selbstverständliche Folge mit sich, dass in allen Kantonen das dringende Verlangen für weitgehende Reduktion der kantonalen Verkehrssteuern in Anpassung an die reduzierten Benzinmengen geltend gemacht wurde. Die Tessiner Motorfahrzeughalter waren die Glücklichen, denen eine vorausschauende, vorsorgliche Regierung schon mit dem 1. Januar 1940 eine massive Herabsetzung der Verkehrssteuer durch Einführung der Brennstoffsteuer bescherzt hatte.

Nach dem 1. Juli folgte dann ein Kanton nach dem andern auf diesen und ähnlichen Wegen, wobei allerdings nach gut eidgenössischer Manier keiner sich dem Vorgehen des andern anschliesst und so jeder seinen eigenen, abweichenden Weg beschreibt. Das Resultat ist eine buntscheckige Musterkarte dieser Verkehrssteuermässigungen und es bedarf fast eines Kommentars, um sich in all diesen Eigenarten und Finessen auszukennen. Jeder Kanton wollte wohl der Allerschlaueste sein.

So ist man glücklich zu folgenden drei verschiedenen Systemen gelangt, die aber in ihren Details wieder ihre verschiedenen Spezialitäten haben:

1. Allgemeine gleichbleibende prozentuale Senkung der Steueransätze. Dieses System haben Baselstadt und Waadt gewählt. Der Rabatt beträgt 12 resp. 10%; doch ist nun sicher auch der Kanton Waadt bereits zum System der kantonalen Brennstoffsteuer übergegangen.

2. Prozentuale Senkung der Steuersätze, differenziert nach Dringlichkeitskategorien. Diesen Weg haben Appenzell A.-Rh., Freiburg, Glarus, Schwyz, Solothurn, Thurgau, Wallis und Zürich beschritten. Die gewährten Steuerreduktionen variieren zwischen 10 bis 25%, je nach Dringlichkeitskategorie.

3. Brennstoffsteuer. Diese neue Art der Motorfahrzeugebesteuerung haben eingeführt: Aargau, Appenzell I.-Rh., Baselland, Graubünden, Luzern, St. Gallen, Tessin, und nun auch Waadt. Schaffhausen ist im Begriff, sich ebenfalls für dieses System zu erkennen.

Die Kantone Bern, Neuenburg, Nidwalden, Obwalden, Uri und Zug haben sich noch zu keiner Ermässigung der Verkehrssteuern bereit finden können, wobei Bern und Zug ein solches Entgegenkommen überhaupt abgelehnt haben. Eine Stellungnahme, die unverständlich ist, wenn man bedenkt, dass für eine Brennstoffzuteilung von 20 oder 25 Liter pro Monat für diese Zeitspanne eine Verkehrssteuer von Fr. 20.— oder Fr. 30.— zu bezahlen werden muss, also von rund Fr. 1.— bis Fr. 1,25 pro Liter, während diejenigen Kantone, die Brennstoffsteuer eingeführt haben, außer einer Grundtaxe, die je nach Kanton zwischen Fr. 10.— bis Fr. 75.— pro Jahr variiert, nur eine Brennstoffsteuer von 15 Rappen pro Liter zugeleisteten Benzin erheben.

Das Problem der Einführung der Brennstoffsteuer ist eigentlich nicht neu, man kennt solche in verschiedenen Auslandsstaaten seit geruamer Zeit. Sie hat wie alle Steuersysteme ihre Vorteile und ihre Schwächen. Wer viel fährt, erhält schrecklich damit, wer nur wenig fährt, d.h. wenig Benzin verbrauchen kann, ist begeisterter Anhänger derselben. Die meisten Kantone, welche sie eingeführt haben, schützen den Automobilisten gegen zu hohes Ansteigen des Steuerbetrages in der Weise, dass die Brennstoffsteuer in keinem Fall den Betrag der jährlichen bisherigen Hubraumsteuer übersteigen darf, d.h. man muss im äussersten Falle den bisherigen Steuerbetrags entrichten, was besonders die Lastwagenbesitzer, die Taxameterbetriebe, die Reisenden usw. zu beruhigen vermochte, wenn auch diese dann trotz kleineren Benzinmengen als früher keiner Steuerermässigung teilhaftig werden.

Für den Hotelier richtet sich der Entscheid der Frage, ob Hubraum- oder Brennstoffsteuer ebenfalls nach der Benützungsintensität des Wagens. Saisonbetriebe, die ihre Fahrzeuge nur zeitweise intensiv gebrauchen, werden mit einer Brennstoffsteuer besser fahren, vorausgesetzt, dass die neben der eigentlichen Benzinsteuer verlangt sog. Grundsteuer nicht pro Jahr, sondern pro Monat festgesetzt ist und ca. Fr. 2.— pro Monat nicht übersteigt. Dabei kommt selbstverständlich auch hier die starken „Benzinfresser“ weit schlechter weg. Kommen neben dem eigentlichen Omnibusbetrieb noch Mietfahrten in Betracht, so wird sich bei grösserer Ausdehnung derselben, selbstverständlich immer die nötige und mögliche Brennstoffzuteilung vorausgesetzt, das Brennstoffsteuersystem eher ungünstiger auswirken.

Für Hotelwagen, die ganzjährig im Betrieb stehen und ständigen hamhaften täglichen Verkehr aufweisen, wird sich zweifellos das System der stark reduzierten Hubraumsteuer weit vortheilhafter auswirken. Die in Hotelbetrieben zur Verwendung gelangenden Wagen sind grösstenteils hochpferige Fahrzeuge, so dass all die Bestrebungen der Verkehrsinteressenten Unterstützung verdienen, die auf die Einführung von Maximalsteuern hin tendieren. So würden z.B. im Kanton Zürich die Verkehrssteuer für Personenswagen auf maximal Fr. 400.— begrenzt, von welchem Betrag noch die prozentualen Rabatte von 30 resp. 50% je nach Kategorie in Abzug kommen.

Der Hotelier sollte heute sein besonderes Augenmerk darauf richten, alle hochpferdigen Wagen sukzessive zu eliminieren und durch Wagen mit geringerer HP-Anzahl zu ersetzen, wodurch ja nicht nur an Verkehrssteuern, sondern auch an Haftpflichtversicherungsprämién und Brennstoffausgaben Geld gespart werden kann. Nachdem die moderne Automobilkonstruktion das Leistungsvormögen der mittleren und kleineren Wagen erheblich zu steigern vermochte, können auch solche Wagen die Bedürfnisse des Hotelbetriebes weitestgehend erfüllen.

Das Aktionsprogramm der SZV für die Wintersaison 1940/41

Dem Bericht der Direktion SVZ an den Ausschuss entnehmen wir folgende Angaben:

Die Erfahrungen, die wir trotz der Ungunst der Zeit mit der diesjährigen Frühlings- und Sommerwerbung machen konnten, veranlassen uns, auch für den kommenden Winter ein zusammenhängendes und auf die besonderen Verhältnisse zugeschnittenes Aktionsprogramm aufzustellen, welches unter einheitlicher Marke und mit dem Slogan „Chum mit i d'Winterferie“ durchgeführt wird. Wir gehen dabei von der Überlegung aus, dass das Publikum psychologisch richtig erfasst werden muss, da die trübe Weltlage, die Brennstoffeinsparungen, die Lebensmittelrationierung, die Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse usw., einen entscheidenden Einfluss auf die geistige Einstellung des Einzelnen haben werden. Wir wollen deshalb einmal das Hauptgewicht auf Humor und gute Laune, auf Fröhlichkeit und Lebensbejahung legen, um gerade den ungünstigen psychologischen Faktoren direkt und bewusst entgegenzutreten.

Es verstellt sich von selbst, dass wir uns bei den herrschenden aussenpolitischen Verhältnissen in der ganzen Winterwerbung auf die Schweiz konzentrieren müssen. Das Aktionsprogramm sieht neben anderen Massnahmen folgende Punkte vor:

Drucksachen.
Herausgabe eines Winterplakates mit dem Slogan „Chum mit i d'Winterferie“ (deutsch und französisch);
Druck eines weiteren Plakates mit dem Slogan „Gesunde Jugend durch Wintersport“, (deutsch, französisch und italienisch);
Winterbrochüre (5000 Exemplare);
Kalender mit alten Stichen (deutsch, französisch, italienisch und englisch);
Auslandsausgabe Revue „Die Schweiz“.
Insertionspropaganda (eigene Inserate und Zuschüsse an regionale Inserate).

Der Bundesrat beschliesst vorübergehende rechtliche Schutzmassnahmen für die Hotellerie

In seiner Sitzung vom 22. Oktober 1940 hat der Bundesrat die Verordnung über vorübergehende rechtliche Schutzmassnahmen für die Hotel- und Stickereiindustrie genehmigt und beschlossen. Sie tritt am 25. Oktober a.c. in Kraft und entspricht in ihren grossen Linien sowie den wichtigsten Bestimmungen der Vorlage, wie sie unserer Delegiertenversammlung in Basel unterbreitet wurde.

Die Verordnung gibt dem Hotelier unter bestimmten Voraussetzungen und auf gestelltes Begehr hin die Möglichkeit, folgende Massnahmen in Anspruch zu nehmen:

1. Stundung: Stundung für grundpfändgesicherte Kapital- und Zinsforderungen, für Forderungen, die durch Faupfstand oder Pfandrecht an Kurrentforderungen gesichert sind; Stundung von Kapital und Zinsen von ungesicherten Forderungen, sowie Stundung von Annuitätenzahlungen auf Amortisationspfandtiteln der SHTG. Die Stundungen können bis Ende 1941 bewilligt werden.
2. Vom Betriebsergebnis abhängige Verzinsung (gleitender Zinsfuß).
3. Abfindung von grundpfändgesicherten Zinsforderungen und Steuern.
4. Nachlass von Kurrentforderungen.

Damit ist eines der dringlichsten und wichtigsten Postulate unseres Vereins, das der Zentralvorstand mit Energie und Beharrlichkeit seit Kriegsausbruch vertreten hat, dank der Mitarbeit der SHTG und dem Verständnis der zuständigen Bundesorgane innerst nützlich Frist verwirklicht worden. Die Verordnung bringt die notwendige Verlängerung der vorübergehenden Schutzmassnahmen und ebnet auch den Weg für eine künftige definitive Sanierung der Hotellerie.

Den genauen Text der Verordnung finden Sie im heutigen Beiblatt. Eine Würdigung dieses Erlasses aus kompetenter Feder folgt in der nächsten Nummer unseres Blattes.

In weiteren seien die Schaufensterwerbung, Skischulwerbung, der Filmdienst, das Vortragswesen, Radio und Schallplatten erwähnt.

Auslandschronik

Die römischen Hotel-Neubauten für die Weltausstellung 1942

Bekanntlich hat der Duce angeordnet, dass für die kommende Weltausstellung 1942 grosse alberghi di massa (Volkshotels) errichtet werden. Der Bau dieser Hotels macht trotz der durch den Krieg verursachten Schwierigkeiten rasche Fortschritte, zum Teil nähern sie sich sogar schon ihrer Vollendung. Insgesamt entstehen 3 grosse Hoteliedlungen in den verschiedensten Stadtbezirken, und zwar je eine an der Via Imperiale, welche direkt zur Weltausstellung führt, an der Via Nomentana, und die dritte in der Zone der Almone. Genaugen gesagt, entstehen an der Via Imperiale sogar zwei Hoteliedlungen, wovon der erste einen grossen sechseckigen Platz bildet, mit einem achtstockigen Zentralhotel in der Mitte, umgeben von kleineren Hotels mit nur 5 Stockwerken zuzüglich Dachgarten. Die zweite Hoteliedlung an der Via Imperiale, die rund 2 Kilometer von der Aurelian-Mauer entfernt ist, umfasst 6 grosse Volkshotels, die besonders vornehmlich angelegt sind, so dass die meisten Zimmer auf die prachtvolle Via Imperiale hinaus gehen.

Die Volkshotels sind an der Via Nomentana und an der Via dell'Almone bestehen insgesamt aus 14 Gebäuden, welche 3500 Zimmer mit 5100 Betten umfassen werden. Die Bauten an der Via Nomentana beim Ponte Tazio sind im Rohbau bereits fertiggestellt, und zwar bedecken die dort errichteten 6 Hotelbauten eine Grundfläche von 9200 Quadratmetern. Die Küche befindet sich jeweils im „seminterrato“ (Halbbalkergeschoss), wo auch die Wäscherei und die Heizungsanlagen untergebracht sind. Im Erdgeschoss befinden sich die Speise- und die Tages-Räume. Die Hotels haben 6 Stockwerke, zuzüglich dem Dachgeschoss, sind 35 Meter hoch und mit den modernsten Luftschutzräumen ausgestattet. Zur Versorgung dieser Hotels wird in unmittelbarer Nähe ein eigener Markt errichtet werden. Die Hotels an der Via Nomentana sollen nämlich nach beendetem Ausstellung als Volkswohnungen Verwendung finden, werden also nicht mehr als Hotels weiter bestehen bleiben, während man über die Zukunft der Hotels an der Via dell'Almone und an der Via Imperiale noch keine Brüder gesetzt hat.

R. D.
Zur Kriegslage des deutschen Gastgewerbes
Die sprunghaft ändernden Anforderungen des Krieges haben die Gaststätten aus ihren normalen Betriebsbahnen geworfen. Besonders in einem kriegsführenden Staat wie Deutschland verschoben sich die Verhältnisse ständig, von Vierteljahr zu Vierteljahr, von Ort zu Ort, von Betrieb zu Betrieb. Einheitlich ist nur die Uneinheitlichkeit, stellt ein Konjunkturbericht über die Kriegslage der Gaststätten in der „Frankfurter Zeitung“ fest, den wir den folgenden Ausführungen zugrunde legen.

Umsatzmindernd wirken sich aus: Verkehrsbeschränkungen, Verdunkelung und damit zusammenhängend Vorverlegung der Polizeistunde, Tanzverbot und Warenkontingentierung. Personalmangel und Warenverarbeitung haben die Kosten gesteigert. Andererseits üben die flüssige Kaufkraft und das anhaltende, wenn nicht gesteigerte Erfrischungsbedürfnis eine Beliebung auf den lokalen Konsum aus. An vielen Orten vermochten die Truppentransporte den Gaststätten zeitweilig einen starken Auftrieb zu geben. Im ersten Kriegsjahr hat der mili-

Saisonnotizen

Der Bündner Fremdenverkehr

Der Monat September brachte etwas Licht in den bisherigen düsteren Verlauf der Sommersaison. Die beiden ersten Dekaden weisen grössere Logiernachtzahlen auf als die nämlichen Perioden des Vorjahres, was ausschliesslich auf einen vermehrten Besuch von Schweizergästen zurückzuführen ist. Trotzdem vermag dieses Ergebnis nicht über die prekäre Lage des Fremdenverkehrs in Grubünden hinwegzutäuschen, um so mehr, als ein Vergleich mit dem September 1939, da sich gerade die Folgen der Generalmobilmachung auszuwirken begannen, nicht schlüssig ist. Der ganze Monat erbrachte rund 13500 Übernachtungen, was im Vergleich zum Vorjahresmonat ein Plus von etwa 13000 Logiernächten ergibt. Seit 1. April registrierte die Bündner Statistik 98200 Übernachtungen. Das sind 48100 Fremdenächte weniger als im Vorjahr! Was dieser Ausfall an wirtschaftlichen Einbussen in der dortigen Hotellerie, im Bündner Wirtschaftsleben überhaupt bedeutet, kann sich wohl auch der Fernstehende ungefähr vorstellen. Wahrliech höchste Zeit, um einen derart durch die Kriegsereignisse betroffenen Gewerbezug zu stützen und vor einem allgemeinen wirtschaftlichen Zusammenbruch zu bewahren.

Berns Fremdenverkehr im September 1940

In den 49 Hotels, Gasthäusern und Fremdenpensionen sind im Monat September 1940 13538 Gäste angekommen, im gleichen Monat des Vorjahrs waren es 9777. Im September 1938 hatte die Zahl der Ankünfte 16390 betragen.

Die Zahl der Übernachtungen belief sich auf 32388, gegen 30161 im Vorjahresmonat und 36526 im September 1938.

Von den 13538 Gästen waren 12393 aus der Schweiz und 1145 (1938: 6087) aus dem Ausland.

Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer be- läuft sich auf 2,3 (1938: 2,1) Tage; Inlandgäste 2,0 (1,9), Ausländer 4,9 (2,5).

Von 100 Betten waren im Durchschnitt sämtlicher Gaststätten 56,4 gegenüber 50,1 im Vorjahresmonat und 58,4 im September 1938 besetzt.

Der Zürcher Fremdenverkehr im September

Nach dem grossen Ausfall im Reiseverkehr in den Sommermonaten Juni bis August weist der September wieder ein leicht gebessertes Resultat auf. Insgesamt sind im vergangenen Monat in den Hotels, Gasthäusern und Pensionen unserer Stadt 19000 Fremde abgestiegen. Es waren dies 2393 mehr als im Vormonat und 4701 mehr als im Juli. Im Jahrhundert 1934/38 hatte die Zahl der Ankünfte durchschnittlich 32112 betragen. Die Zahl der Übernachtungen belief sich auf 50861 gegen 49093 im Durchschnitt der Jahre 1934/38.

Von den 19000 abgestiegenen Gästen waren 17064 Inlandgäste. Damit hat der Zustrom an Inlandgästen das Niveau der Jahre 1934/38 mit im Durchschnitt 14346 abgestiegenen Inlandgästen stark übertroffen. Aus dem Ausland kamen dagegen nur 1936 Fremde nach Zürich; in den gleichen Monaten der Jahre 1934/38 hatte man im Durchschnitt jeweils 17766 Ausländer.

ankünfte gezählt. Von den Übernachtungen entfallen auf die Inlandgäste 38823 (35971), auf die Ausländer 12038 (54122).

Die Betteneinzelziffer belief sich im Durchschnitt sämtlicher Hotels und Gaststätten auf 35,5 Prozent gegenüber 62,0 Prozent im Durchschnitt der Jahre 1934/38.

Ferienhäuschen und Naturschutz

Eine innerschweizerische Korporation fasste kürzlich in ihrem Ratskollegium den begrüssenden Beschluss, Wochenend- und Ferienhäuser nur da und in einer solchen Bauart zuzulassen, dass sie das Landschaftsbild nicht stören. Der Beschluss wird von seiten des Schweizerischen Bundes für Naturschutz allen Korporationen und Gemeinden, welche in die Lage kommen, Land für solche Bauten zu verkaufen oder Baubewilligungen zu erteilen, zur Nachahmung aufs wärmste empfohlen.

Kommt dann noch eine strengere Handhabung des Hotelbauverbotes hinzu, so haben wir gleich zwei Fliegen auf einen Schlag!

Totentafel

Frau Marie Fennen †

Ende letzter Woche schied Frau Wwe. Marie Fennen-Stalder im 73. Lebensjahr nach langem Krankenlager aus diesem Leben. Sie leitete zuerst zusammen mit ihrem Gatten und nach dessen Tod noch während einiger Jahre mit einem Sohn das Hotel „Einhorn“ in Luzern. Die Verstorbeene hat von der Pike auf im Hotel gefied und war zuletzt vor ihrer Heirat Gouvernante im Hotel des Balances in Luzern. Sie wurde gleicherweise von Angestellten und Gästen als umsichtige, tüchtige und um das Wohl aller besorgte Hoteliere und Wirtin geschätzt. Der Heimgang nach schmerzlichem Krankenlager beschloss ein tapferes Frauenleben, dem alle, die Frau Fennen kannten, ein ehrendes Andenken bewahren werden.

Rob. Niederberger †

Im Alter von über 80 Jahren verstarb Herr Rob. Niederberger, alter Hoteliere. Der Verstorbene führte während längerer Jahre das Kurhaus Engel in Emmetten und war während dieser Zeit Mitglied unseres Vereins. Vor etwa fünfzehn Jahren zog er sich aus dem aktiven Berufsleben zurück und verbrachte seinen Lebensabend in Beckenried. Herr Niederberger war auch im öffentlichen Leben hervorgetreten. Er gehörte früher dem Nidwaldner Landrat und dem Obergericht als geschätztes Mitglied an. Friede seiner Asche.

Bücherfisch

Die Schweiz vor neuen Aufgaben. Zwei Diskussionsbeiträge von Oberdivisionär Dr. Eugen Bircher und Prof. Dr. Eugen Böhler. 56 Seiten. Herausgegeben vom Polygraphischen Verlag A.-G., Zürich. Fr. 1.-.

In der Meinung, dass Oberdivisionär Bircher und Prof. Böhler einem weiteren Publikum zur Klärung der dringendsten Gegenwartssachen unseres Landes Wesentliches zu sagen haben, hat sich der Polygraphische Verlag entschlossen, die von diesen beiden Männern in der Bundesfeier Nummer des „Argauer Tagblatt“ veröffentlichten Abhandlungen als kleine Schrift herauszugeben.

„10000 Jahre Schaffen und Forschen“, ein von der Schriftleitung des Pestalozzi-Kalenders verfasstes, neues Buch ist soeben erschienen. Der einfach und klar geschriebene, fesselnde Text und die 266 prächtigen Holzschnitte haben etwas an sich, das die Bewunderung von alt und jung erregt. Was menschlicher Geist und Wille in 10000 Jahren geschaffen und erforscht haben, zieht an unsern erstaunten Augen vorbei — es gibt des Sehens und Sinnens kein Ende. Alt und Jung sind begeistert. Was auch könnte in diesen so trüben Tagen besonders unsre Jugend mehr zu eigenem Schaffen und Streben anregen als die Grossstädte der Entdecker und Forscher, als das Erringen und Erkämpfen des wahren, menschlichen Fortschritts. Dieses prächtige und zugleich billige Buch soll zum weit verbreitetsten schweizerischen Volksbuch werden.

Die schweizerischen Grossbanken und Privatbankiers. Von Dr. Ad. Jöhr, Präs. der Schweiz. Kreditanstalt. 91 Seiten. Preis: Broschur Fr. 3,50, in Leinwand gebunden Fr. 5.— Polygraphischer Verlag A.-G. Zürich.

Eine Bankbetriebslehre aus der Feder eines erfahrenen und bewährten Wirtschaftsführers und Bankfachmanns. Seine Darstellung des Betriebes unserer Grossbanken und Privatbankiers ist nicht nur aufschlussreich, sondern sie gewährt durch Tieffrigidität und offene Kritik einen Einblick in den Betrieb und die Bedeutung unserer Banken.

PAHO

Lockung der Bestimmungen über die Bezugsberechtigung der Wehrmänner

In Ausführung der Bestimmungen des Art. 9 des Bundesratsbeschlusses vom 13. September 1940 hat das Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit den Arbeitslosenkassen folgende Weisungen zugehen lassen:

Bezugsrecht am Anschluss an die Entlassung 2 Wochen. Wer innert diesen zwei Wochen keine Beschäftigung findet und sich zur Teilnahme an einem Weiterbildungskurs oder Umschulungskurs anmeldet, kann unter Vorbehalt der behördlichen Zustimmung, während der Dauer des Kursbesuches das übliche Taggeld aus der Arbeitslosenversicherung oder Krisenunterstützung beziehen.

Bezugsrecht während der Beurlaubung zur Arbeitsnachfrage: 2 Wochen. (Der Urlaubspass des Wehrmannes muss jedoch einen entsprechenden Vermerk tragen.)

Bezugsrecht am Anschluss an eine Saison- oder Jahresstelle. Wehrmänner, die nach ihrer Entlassung Arbeit gefunden haben und im Anschluss an ihre Stelle nun arbeitslos geworden sind, können die Arbeitslosenunterstützung unter den üblichen statutarischen Bedingungen beziehen.

Beitragsrückständige Wehrmänner, die im Anschluss an ihre Entlassung die Prämien sofort nachzahlen, werden nicht gesperrt. Sodann der Aktivdienst mindestens von der Dauer der sonst zu bestehenden Karentfrist war, ist der Versicherte mit dem ersten gestempelten Tage bezugsberechtigt. Verwaltung der PAHO.

Geschäftliche Mitteilungen

Selbsttätige Temperatur-Regelung

Eine Sparsammaschine im Hotelbetrieb

Die zwingende Notwendigkeit, sparsam zu heizen, verlangt geeignete technische Hilfsmittel, um die knappen Vorräte möglichst zu strecken. Neben den Massnahmen auf rein heiztechnischem Gebiet ist auch den betriebstechnischen Vorkommnissen vermehrte Aufmerksamkeit zu schenken. Die Wirtschaftlichkeit des Heizbetriebs hängt von der Einstellung der richtigen Heizwassertemperatur in hohem Masse ab. In einem Land mit stark schwankenden klimatischen Verhältnissen bedeutet dies erfahrungsgemäss eine schwierige Aufgabe. Liegt die Heizwassertemperatur unter dem erforderlichen Wert, so ist die Raumtemperatur zu tief, liegt sie aber höher, so ist eine Brennstoffverschwendug die Folge, die nicht zu unterschätzen ist. Versuche haben erwiesen, dass eine Erhöhung der Raumtemperatur von 1° auf 20° einen Mehrverbrauch an Brennstoff von nahezu 20% bedeutet.

Der elektrischen Temperatur-Regelung kommt daher besondere Bedeutung zu. Eine solche Anlage passt die Heizwassertemperatur fortlaufend und selbsttätig den Witterungsverhältnissen an und erzielt durch die exakte Erfassung des jeweiligen Wärmebedarfs eine konstante Raumtemperatur. Der Brennstoffverbrauch wird auf ein Mindestmaß herabgesetzt. Die bisher meist nach Güttdurkeln erfolgte Einstellung von Zugreglern, Kesselthermostaten usw. wird überflüssig, wodurch sich gleichzeitig auch der Heizbetrieb bedeutend vereinfacht. Durch Vermeidung jeden Überheizens können beträchtliche Einsparungen erzielt werden.

Der Apparat — ein bewährtes Erzeugnis der elektrotechnischen Präzisionsindustrie (Herstellerfirma: Landis & Gyr, Zug) — arbeitet völlig selbsttätig und eignet sich für jedes Heizsystem. Die in mehreren Heizsaisons gemachten Erfahrungen bestätigen, dass die Einsparungen im Brennstoffverbrauch besonders bei grösseren Heizanlagen eine rasche Amortisation der Apparatur zulassen. Besonders trifft dies bei der Durchführung sog. Heizprogramme zu, wofür die selbsttätige Temperatur-Regelung ebenfalls sehr geeignet ist.

Redaktion — Rédaction:
Dr. M. Riesen — Dr. A. Büchi

Schweizer Hoteller in Como (italien) sucht für seinen 18jähr. Sohn, gewiss. Schüler der Fachschule von Cours, zur Erlernung der deutschen Sprache und Erweiterung der Branchenkenntnisse.

AUSTAUSCH

mit jüngl. od. Tochter gleich. Alters. Seriöse u. fam. Behandl. wird erwünscht zugewiss. Off. erb. un. Chiffre B 2000 Unione Publicita Italiana „UPI“, Como (italien)

SIEMENS HEIMBUGLER



bügelt alle glatten Wäschestücke, aber auch Herrenhemden, Berufsschürzen etc. schneller und bequemer. Beste Referenzen aus Hotellerie und Gastgewerbe.

Fr. 475.—

Preisaufschlag 8%

Bequeme Zahlungsbedingungen.
Unverbindliche Vorführungen durch
Elektroinstallateure oder
täglich im Ausstellungsräum der

SIEMENS ELEKTRIZITÄTERZEUGNISSE A.G.
Löwenstrasse 35 ZURICH Telefon 53600

Zu kaufen gesucht ein Posten

Silberplatten

in verschiedenen Grössen (gebraucht). Offeren unter Chiffre F. L. 2774 an die Hotel-Revue, Basel 2.

Gesucht

für Wintersaison in ein erstkl. Hotel des Kt. Graubündens:

**1 Garde-Manger
1 Entremetier
1 Koch-Tournant und
1 Commis de cuisine**

Offeren unter Chiffre K. G. 2772 an die Schweizer Hotel-Revue, Basel 2.

Beratungsstelle für sämtliche Wäschereifragen

Anlernen des Personals für rationelles Waschen mit schonender Behandlung der Wäsche mittels hartwasserbeständigen Produkten.

Fachmännische Beratung bei Umänderungen und Neuinstallationen in der Wäscherei.

E. G. Ruegger-Rougemont, Basel
Im Holeletten 27 - Telefon 25373



denn man muß seinen Kunden Ehre antun. Sie kennen die Folgen und möchten wohl einschränken, aber das geht nicht gut. Was Sie aber können, das ist, rechtzeitig gegen Ihre Berufskrankheit vorbeugen, gegen die Arterienverkalkung. Sicher sprach Ihr Arzt oder Apotheker schon von Arterosan. Seine Wirkung liegt in der klinisch erprobten Kombination von 4 Heilpflanzen, die von 4 verschiedenen Seiten her das Leiden bekämpfen, das meist in den 40er Jahren beginnt und von 50 an spürbar wird durch Schwindelgefühl, Herzdruck, vorzeitige Ermattung.

Arterosan

Wie wär's mit einem Versuch?
Bei Ihrem Beruf ist die jährliche Arterosan-Kur besonders wichtig.

Erhältlich in Apotheken zu Fr. 4,50 - Kuppräckung Fr. 11,50
Broschüre A 12 durch die Galactina A.-G., Belp



entspricht den hohen hygienischen Ansprüchen von heute. Dieser hübsche Wandbelag schützt vor Nässe u. Beschmutzung.
GLANZ-ETERNIT A.G. NIEDERURNEN TEL. 41671

junger, strohblauer u. gesunder Herr, in erstkl. Hotel auf Recepzione älter, wünscht wegen nicht passendem Bekanntenkreis auf diese Weise
Bekanntschaft
mit intell. u. symp. Hotelierstochter oder Tochter vom Hotelzache zwecks späterer Heirat. Alter 20–30 Jahre. Protestantin. Chiffre bis 1,70. Strengste Diskrition, zuverl. Nichts. Nichts. Nichts. Nichts. Diese Schweizerin setzt sich mir schriftlich in Verbindung setzen unter Chiffre Ge 9252 2 an Publicitas, Zürich.

Verordnung

über vorübergehende rechtliche Schutzmassnahmen für die Hotel- und die Stickereiindustrie

vom 22. Oktober 1940

Der schweizerische Bundesrat,
gestützt auf Art. 3 des Bundesbeschlusses vom
30. August 1939 betreffend Massnahmen zum
Schutz des Landes und zur Aufrechthaltung der
Neutralität,
beschliesst:

Allgemeine Bestimmungen.

Art. 1.

Voraussetzungen zur Anwendung der Verordnung.

Die in dieser Verordnung vorgesehenen Schutzmassnahmen können vom Eigentümer eines Hotels in Anspruch genommen werden, wenn er glaubhaft macht:

- a. dass er ohne eigenes Verschulden infolge der Wirtschaftskrise seine Verbindlichkeiten nicht mehr voll erfüllen kann;
- b. dass er der Hilfe würdig erscheint;
- c. dass die beantragten Massnahmen geeignet sind, ihm die Fortführung oder die Bereitstellung des Betriebes zu ermöglichen.

Art. 2.

Begriff der Pfandsicherung.

1 Als grundpfandgesicherte Zinsen gelten drei zur Zeit der Bewilligung der Massnahmen verfallene und der laufende Jahreszins.

2 Als grundpfandgesicherte Kapitalforderung im Sinne dieser Verordnung gelten auch diejenigen Forderungen, für die eine auf dem Hotelgrundstück lastende Pfandforderung als Pfand haftet. Als mitverpfändet gelten dabei drei zur Zeit der Bewilligung der Massnahmen verfallene und der laufende Jahreszins.

Art. 3.

Zulässige Massnahmen.

Folgende Massnahmen können einem Hotel-eigentümer bewilligt werden:

- a. Stundung für grundpfandgesicherte Kapital- und Zinsforderungen;
- b. Stundung für Forderungen, die durch Faustpfand oder Pfandrecht an Kurrentforderungen gesichert sind;
- c. Stundung von Kapital und Zinsen von ungesicherten Forderungen;
- d. Stundung von Annuitätenzahlungen, auf Amortisationspfandtitel der Schweizerischen Hotel-Treuhand-Gesellschaft;
- e. von Betriebsergebnis abhängige Verzinsung der Kapitalforderungen;
- f. Abfindung von grundpfandgesicherten Zinsforderungen und Steuern;
- g. Nachlass von Kurrentforderungen.

Die einzelnen Massnahmen.

A. Stundung.

I. Voraussetzungen und Dauer.

Für Kapitalforderungen.

Für grundpfandlich gesicherte Kapitalforderungen kann die Stundung auf die Dauer von höchstens zwei Jahren nach Eintritt ihrer Fälligkeit bewilligt werden.

Art. 5.

Für Zinse.

1 Für Zinse von grundpfandgesicherten Kapitalforderungen kann eine Stundung bis Ende 1941 bewilligt werden. Sie kann die ganze Zinsforderung oder nur einen Teil umfassen.

2 Die Haftung des Grundpfandes wird in Abänderung von Art. 818, Ziff. 3, des Zivilgesetzbuchs um die Dauer der Stundung verlängert.

3 Die Nachlassbehörde entscheidet, ob und zu welchem Satz ein Verzugszins für die gestundenen Beträge zu bezahlen ist und ob die Verzugszinsforderung an der Stundung teilnimmt.

Art. 6.

Annuitäten.

1 Den grundpfandgesicherten Zinsen sind Annuitäten, die neben dem Zins auch eine Kapitalabzahlungsrate in sich schliessen, gleichgestellt. Die Stundung kann sich entweder nur auf die Zins- oder nur auf die Kapitalrate oder auf beide beziehen.

2 An Stelle der Stundung kann eine Einstellung der Bezahlung der Kapitalraten bis Ende 1941 treten, mit der Wirkung, dass die Amortisationsdauer um die entsprechende Zeit verlängert wird.

3 Während der Dauer dieser Stundung oder Einstellung ist das Kapital unkündbar.

Art. 7.

Speziell der Amortisationspfandtitel.

Die Schweizerische Hotel-Treuhand-Gesellschaft ist ermächtigt, für die zu ihren Gunsten als Pfandgläubiger ausgestellten Amortisationspfandtitel eine Stundung der Annuitäten oder eine Einstellung der Amortisation auch ohne

Zustimmung der nachgehenden Pfandgläubiger zu billigten, sofern der Schuldner eine weitere Stundung nicht notwendig hat.

Art. 8.

Durch Faustpfand oder Forderungspfand gesicherte Forderungen.

1 Durch Faustpfand oder Pfandrecht an Kurrentforderungen gesicherte Forderungen können bis Ende 1941 gestundet werden, wenn eine Verwertung des Pfandes im Zeitpunkt der Stellung des Gesuches voraussichtlich einen unverhältnismässigen Verlust ergeben würde.

2 Während der Stundung fällig werdenden Zinse einer verpfändeten Forderung gelten als mitverpfändet.

Art. 9.

Kurrentforderungen.

1 Ungesicherte Kapital- und Zinsforderungen können bis Ende 1941 gestundet werden.

2 Ausgenommen sind Lohnforderungen sowie periodische Unterhaltsbeiträge. Für diese Forderungen ist jedoch auch gegenüber dem der Konkursbetreibung unterstehenden Schuldner nur die Betreibung auf Pfändung oder Pfandverwertung zulässig.

3 Die Nachlassbehörde entscheidet, ob und zu welchem Satz Verzugszins berechnet werden können. Sie werden erst nach Ablauf der Stundung fällig.

Art. 10.

Steuern und Gebühren.

Die Stundung kann auch für Steuern, Abgaben und Gebühren, ohne Rücksicht darauf, ob sie pfandrechtlich gesichert sind oder nicht, bis Ende 1941 verlangt werden.

Art. 11.

Abschlagszahlungen.

Die Bewilligung der Stundung kann davon abhängig gemacht werden, dass der Schuldner Abschlagszahlungen leistet oder dem durch die Stundung betroffenen Gläubiger Sicherheit bestellt.

II. Wirkungen.

Art. 12.

Auf Betreibungen.

1 Während der Stundung kann eine Betreibung gegen den Schuldner für die gestundete Forderung weder angehoben noch fortgesetzt werden und ist der Lauf jeder Verjährungs- und Verwertungsfrist gehemmt.

2 Die in Art. 286 und 287 des Schuldnerbetreibungsgezes vorgesehenen Halbjahresfristen und die in Art. 219 vorgesehenen Jahresfristen verlängern sich um die Dauer der Stundung.

Art. 13.

Auf die Dispositionsfähigkeit des Schuldners.

1 Während der Stundung darf der Schuldner keine Rechtshandlungen vornehmen, durch welche die berechtigten Interessen der Gläubiger beeinträchtigt oder einzelne Gläubiger zum Nachteil der anderen begünstigt werden.

2 Er kann ohne Zustimmung der Hotel-Treuhand-Gesellschaft gütlich weder Grundstücke veräußern oder belasten, noch Pfänder bestellen oder Bürgschaften und unentgeltliche Verpflichtungen eingehen, noch auch Zahlungen an einzelne Gläubiger ausrichten, deren Forderungen gestundet sind.

Art. 14.

Kontrolle.

1 Der Schuldner untersteht während der Dauer der Stundung der Kontrolle der Hotel-Treuhand-Gesellschaft.

2 Diese kann ihm nötigenfalls verbindliche Weisungen über die Buch- und Geschäftsführung erteilen.

3 Werden diese nicht beachtet, oder nimmt der Schuldner Rechtshandlungen vor, welche nach Art. 13 ungültig sind, so kann sie bei der Nachlassbehörde den Widerruf der Stundung beantragen.

III. Widerruf.

Art. 15.

Voraussetzungen.

Die Stundung ist auf Antrag der Hotel-Treuhand-Gesellschaft oder eines Gläubigers durch die Nachlassbehörde, welche sie erinstanzlich beauftragt hat, zu widerrufen:

a. wenn der Schuldner die Weisungen der Hotel-Treuhand-Gesellschaft nicht beachtet oder Rechtshandlungen vorgenommen hat, die nach Art. 13 ungültig sind;

b. wenn sich erweist, dass die Nachlassbehörde bei der Bewilligung der Stundung von Voraussetzungen ausgegangen ist, die in Wirklichkeit nicht vorhanden waren oder nachträglich weggefallen sind;

c. wenn der Schuldner oder der Bürge der Nachlassbehörde oder der Hotel-Treuhand-Gesellschaft unwahre Angaben gemacht hat.

B. Vom Betriebsergebnis abhängige Verzinsung.

Art. 16.

Voraussetzungen.

An Stelle der Stundung der Zukunft erst fällig werdenen Kapitalzinsen kann dem Eigentümer des Hotels eine vom Betriebsergebnis abhängige Verzinsung bewilligt werden, wenn er glaubhaft macht, dass

- a. infolge der Wirtschaftskrise und ihrer Folgen die Betriebseinnahmen so gesunken sind, dass sie nach Abzug der ordentlichen Betriebsausgaben eine vertragsmässige Verzinsung nicht mehr ermöglichen,
- b. zur Bezahlung dieser Zinsen auch keine anderen verfügbaren Mittel vorhanden sind und der Betrieb unter normalen Verhältnissen lebensfähig erscheint.

Art. 17.

Umfang.

1 Die Bewilligung kann sich auf die bis Ende 1941 laufenden Zinsen erstrecken.

2 Sie kann rückwirkend erklärt werden für die seit 1. September 1939 laufenden und noch nicht bezahlten Zinsen, auch wenn diese gemäss Art. 4 der Verordnung vom 3. November 1939 schon gestundet sein sollten.

Art. 18.

Bedingungen für die Bewilligung.

Die Bewilligung darf nur erteilt werden, wenn der Gesuchsteller:

- a. sich über eine Buchführung ausweisen kann, die über seine Vermögensverhältnisse und die Betriebseinnahmen und -ausgaben der letzten zwei Jahre zuverlässige Auskunft gibt;
- b. während dieser Zeit keine übermässigen Privatbezüge für sich und seine Familie gemacht hat;
- c. hinreichende Gewähr für eine sachgemäss Führung des Betriebes bietet.

Art. 19.

Wirkungen.

1 Mit der Bewilligung der vom Betriebsergebnis abhängigen Verzinsung werden für deren Dauer die Ansprüche des Kapitalgläubiger auf Verzinsung ihrer Forderungen auf denjenigen Betrag herabgesetzt, der nach Schluss des Betriebsjahrs auf Grund der Feststellungen der Kontrollinstanz hiefür zur Verfügung steht.

2 Die Pfandgläubiger haben hierauf den ersten Anspruch in der Reihenfolge ihres Pfandrades. Zinsen, die nach Vertrag mehr als 3 1/2% betragen, werden auf diesen Betrag herabgesetzt.

3 Bis zur rechtskräftigen Feststellung des zu verteilenden Betrages sind die Zinsforderungen gestundet. Ein Verzugszins ist nicht zu entrichten.

Art. 20.

Zulässige Ausgaben.

Nach Anhörung des Schuldners setzt die Hotel-Treuhand-Gesellschaft in jedem Falle die Beträfte fest, die für Unterhalt der Gebäude und des Mobiliars und für Neuanschaffungen, sowie als Entschädigung für die Führung des Betriebes verwendet werden dürfen.

Art. 21.

Feststellung des Reinertrages.

1 Spätestens zwei Monate nach Schluss des Rechnungsjahrs hat der Schuldner der Hotel-Treuhand-Gesellschaft die Betriebsrechnung zur Prüfung einzureichen.

2 Sie kann, wenn nötig, die Vorlage von Belegen verlangen und eine Untersuchung der Buch- und Kassaführung anordnen.

3 Nach Genehmigung der Rechnung stellt sie fest, welche Beträge aus dem Jahresergebnis an den Pfandgläubiger ausbezahlt werden können.

Art. 22.

Verteilungsliste.

1 Anhand eines vom Schuldner einzureichenen Gläubigerverzeichnisses stellt die Hotel-Treuhand-Gesellschaft die auf jeden Kapitalgläubiger entfallenden Beträge in einer Verteilungsliste fest.

2 Diese wird nebst der genehmigten Jahresrechnung am Sitz der Hotel-Treuhand-Gesellschaft oder an einem andern von ihr bestimmten Orte zur Einsicht der Gläubiger und des Schuldners während zwanzig Tagen aufgelegt.

Art. 23.

Weiterziehung.

1 Innert zehn Tagen nach Ablauf der Auflegungsfrist können der Schuldner und diejenigen Gläubiger, die weniger als 3 1/2% zugewiesen er-

halten haben, die Verteilungsliste bei der kan-tonalen Nachlassbehörde anfechten.

2 Die Anfechtung kann eine andere Fest-setzung sowohl des zu verteilenden Reinertrages wie der den einzelnen Gläubigern zugewiesenen Beträgen zum Gegenstand haben.

3 Wird der Reinertrag von der Nachlass-behörde anders bestimmt, so hat diese Verfügung Wirkung für den Schuldner und alle Gläubiger, auch wenn sich nur einzelne deswegen beschwert haben.

Art. 24.

Gerichtlicher Entscheid.

1 Wird die Zuweisung an einen einzelnen Gläubiger angefochten, weil die zugelassene Zinsforderung ihn übersteigt, so entscheidet die Nachlassbehörde auf Grund einer summarischen Beiseherbung auch darüber.

2 Dem unterliegenden Beschwerdeführer steht jedoch innerhalb einer Frist von zehn Tagen seit Kenntnisgabe des letztinstanzlichen Entscheides der Nachlassbehörde die Anrufung des zuständigen Richters der gelegenen Sache behufs endgültiger Feststellung der Forderung und ihres Ranges offen.

3 Die Klage richtet sich gegen den Schuldner, wenn ein Gläubiger behauptet, dass seine eigene Forderung nicht richtig oder nicht im gebührenden Range berücksichtigt worden sei, in den anderen Fällen gegen den Gläubiger, dessen Forderung oder Rang bestritten wird.

4 In letzterem Falle dient der Betrag, um welchen der Anteil des Beklagten vom Gericht herabgesetzt wird, zur Befriedigung des Klägers bis zur Deckung seiner Zinsforderung von 3 1/2%. Ein allfälliger Überschuss fällt an den Schuldner.

Art. 25.

Ausbezahlung.

Die Zinsforderung wird vier Wochen nach der für den betreffenden Gläubiger eingetretenen Rechtskraft der Verteilungsliste oder des sie abändernden letztinstanzlichen gerichtlichen Urteils fällig.

Art. 26.

Einschränkung der Verfügungsfähigkeit des Schuld-ners.

1 Während der Dauer der vom Betriebsergebnis abhängigen Verzinsung ist der Schuldner in seiner Verfügungsfähigkeit im Sinne von Art. 13 hievor beschränkt und hat die von der Hotel-Treuhand-Gesellschaft erteilten Weisungen für die Betriebsführung und die Preisgestaltung zu beachten.

2 Im Falle ihrer Nichtbefolgung oder der Vornahme der ihm untersagten Rechtshandlungen kann die Hotel-Treuhand-Gesellschaft bei der Nachlassbehörde den Widerruf der Bewilligung beantragen.

Art. 27.

Widerruf.

1 Die Bewilligung der vom Betriebsergebnis abhängigen Verzinsung ist bei Vorhandensein der in Art. 15 und 26 angeführten Gründe auf Antrag der Hotel-Treuhand-Gesellschaft oder eines Gläubigers zu widerrufen.

2 Mit dem rechtskräftigen Widerruf lebt die laufende Zinsforderung mit allen ihren Neben-rechten wieder auf.

C. Barabfindung von Zinsen und Steuern.

Art. 28.

Umfang und Betrag.

1 Für die bei Stellung des Begehrrens austretenden, nicht unter Art. 17, Abs. 2, fallenden grundpfandgesicherten Kapitalzinsen, Steuern und Abgaben kann die Nachlassbehörde die Bewilligung zur Barabfindung mit 25—50% erteilen, wenn die Voraussetzungen von Art. 1 und 18 hiervor vorhanden sind.

2 Der Abfindungsbetrag wird innerhalb dieser Grenzen auf Vorschlag der Hotel-Treuhand-Gesellschaft, die sich vorher mit den Gläubigern in Verbindung setzt, durch die Nachlassbehörde festgestellt; unter Berücksichtigung einerseits der grösseren oder geringeren Pfanddeckung des betreffenden Kapitals, anderseits der finanziellen Verhältnisse des Gläubigers.

3 Mit der Bezahlung dieses Betrages erlöschen die Forderung und das Pfandrecht für diese Zinsen in vollem Umfang.

D. Nachlass der Kurrentforderungen.

Art. 29.

Voraussetzungen.

1 Ein Nachlass auf den bei Stellung des Ge-suches bestehenden nicht privilegierten Kurren-tforderungen kann von der Nachlassbehörde be-willigt werden, wenn der Schuldner glaubhaft macht:

- a. dass eine spätere Vollzahlung nach Lage der Verhältnisse als ausgeschlossen erscheint;
- b. dass die Bedingungen von Art. 18 hievor vorhanden sind;
- c. dass der Schuldner eines Nachlasses würdig ist.

2 Von der Bewilligung ist dem zuständigen Betreibungsamt Kenntnis zu geben.

Art. 30.

Stundung und Stellung des Schuldners.

1 Vom Tage der Bewilligung an gelten die sämtlichen Kurrentforderungen als bis zum Tage der Bestätigung des Nachlassvertrages gestundet im Sinne von Art. 297 des Schuldertreibungsgegesetzes, mit Ausnahme der Lohnforderungen und der periodischen Unterhaltsbeiträge. Für diese letzteren Forderungen ist jedoch nur eine Be-stellung auf Pfändung möglich.

2 Der Schuldner untersteht der Kontrolle der Hotel-Treuhand-Gesellschaft und kann die in Art. 298 des Schuldertreibungsgegesetzes aufgezählten Verfügungshandlungen ohne ihre Zustimmung nicht mehr gültig vornehmen.

Art. 31.

Mitwirkung der Hotel-Treuhand-Gesellschaft.

1 Bewilligt die Nachlassbehörde grundsätzlich einen Nachlass, so überweist sie das Gesuch der Hotel-Treuhand-Gesellschaft zur näheren Prüfung der Betriebsverhältnisse und, darauf gestützt, zur Feststellung der Höhe des erforderlichen Nachlasses auf den nicht privilegierten Forderungen.

2 Die Hotel-Treuhand-Gesellschaft versucht, die freiwillige Zustimmung sämtlicher nicht privilegierter Kurrentgläubiger zu diesem Nachlass zu erhalten.

Art. 32.

Nachlassvertrag.

1 Stimmen nicht alle Gläubiger dem Nachlass zu, so legt die Hotel-Treuhand-Gesellschaft der Nachlassbehörde den Entwurf eines Nachlassvertrages mit ihrem Bericht und Antrag zur Bestätigung vor.

2 Die Nachlassbehörde entscheidet darüber in einer öffentlich bekanntzugebenden Verhandlung mit den Gläubigern.

Art. 33.

Bestätigung.

1 Die Bestätigung ist auszusprechen ohne Rücksicht auf die Zahl der zustimmenden Gläubiger und den Betrag ihrer Forderungen, wenn:

a. die Voraussetzungen von Art. 306, Ziffer 1 und 2, des Schuldertreibungsgegesetzes vorhanden sind;

b. die Vollziehung des Nachlassvertrages hinreichend sichergestellt ist, soweit darauf nicht ausdrücklich verzichtet wird;

c. der Nachlassvertrag den Interessen der Allgemeinheit der Gläubiger besser dient als eine Zwangslösung.

2 Die Art. 310, 313, 314 und 315, Abs. 1, des Schuldertreibungsgegesetzes sind anwendbar.

3 Der rechtskräftige Entscheid wird öffentlich bekanntgemacht und dem Betreibungsamt sowie dem Grundbuchführer mitgeteilt.

Art. 34.

Widerruf.

Der Nachlassvertrag wird auf Antrag eines Gläubigers oder der Hotel-Treuhand-Gesellschaft von der Nachlassbehörde aufgehoben, wenn nachgewiesen wird, dass der Schuldner:

a. der Nachlassbehörde oder der Hotel-Treuhand-Gesellschaft unwahre Angaben gemacht, namentlich nicht alle seine Gläubiger angegeben hat;

b. einem einzelnen Gläubiger mehr versprochen oder geleistet hat, als ihm nach dem Nachlassvertrage gebührt hätte.

E. Stellung der Bürgen.

Art. 35.

Bei Stundung.

1 Eine Stundung erstreckt sich auch auf die einflussreichen Bürgen, auf die Solidarbürgen dagegen nur, wenn sie glaubhaft machen können, dass sie ohne die Stundung in ihrer wirtschaftlichen Existenz gefährdet werden, oder wenn sie Sicherheit leisten.

2 Während der Stundung sind die den Bürgen nach Art. 502 und 503 des Obligationenrechtes zustehenden Rechte eingestellt. Auch können die Bürgen vom Haftschuldnern nicht Sicherstellung oder Befreiung von der Bürgschaft gemäss Art. 512 des Obligationenrechtes verlangen.

3 Für die während der Stundung einer Kapitalforderung auflaufenden Zinsen haften die Bürgen auch dann, wenn ihre Haftung sich nach Art. 499, Abs. 3, des Obligationenrechtes nicht darauf erstrecken würde.

Art. 36.

Für Zinsausfall.

1 Während der Dauer der variablen Verzinsung (Art. 17.) sind die Rechte auch gegen die Solidarbürgen eingestellt.

2 Für den Ausfall auf den durch Barzahlung abgefundenen Zinsen (Art. 28) und für den nicht bezahlten Teil der Zinsen von variabel verzinssich erklärten Kapitalien (Art. 16 und 17) haften die Bürgen, sofern sie nicht glaubhaft machen, dass sie durch dessen Bezahlung in ihrer wirtschaftlichen Existenz gefährdet würden.

Art. 37.

Entscheid.

Der Entscheid der Nachlassbehörde über die Ausdehnung der Stundung oder des Nachlasses auf die Bürgen ergreift auf ihr besonderes Begehr gleichzeitig mit demjenigen über die betreffenden Massnahmen für den Schuldner.

Art. 38.

Im Nachlassvertrag der Kurrenlgläubiger.

1 Die Rechte gegenüber Mitschuldner und Bürgen in den nach Nachlassvertrag einbezogenen Kurrentforderungen bleiben bestehen, auch wenn der Gläubiger zum Nachlassvertrag seine Zustimmung gegeben hat.

Art. 39.

Rückgriff der Bürgen.

Die Rückgriffsforderungen der bezahlenden Bürgen gegenüber dem Schuldner können nur unter der Voraussetzung geltend gemacht werden, dass dieser zu neuem Vermögen oder ausreichendem Erwerbe gekommen ist.

F. Verfahren.

Art. 40.

Zuständige Instanz.

1 Für die Behandlung der Gesuche um Be-willigung der in Art. 3 erwähnten Massnahmen ist als einzige kantonale Instanz die obere kantonale Nachlassbehörde zuständig.

2 Ihre Entscheide unterliegen wegen Ge-setzesverletzung, Rechtsverweigerung und Rechts-verzögerung der Weiterziehung an die Schuld-betreibungs- und Konkurskammer des Bundes-gerichtes nach den für die Beschwerden gegen Entscheide der kantonalen Aufsichtsbehörden geltenden Vorschriften.

Art. 41.

Inhalt des Gesuches.

Das Gesuch ist mit genauer Angabe der zu bewilligenden Massnahmen und der Forderungen, auf welche sie beziehen sollen, der zuständigen Nachlassbehörde schriftlich einzureichen. Es sind ihm beizugeben:

- ein Verzeichnis der Gläubiger, mit Angabe von Art und Höhe ihrer Forderungen, der Zinsbedingungen, der Fälligkeitstermine sowie der bestellten Pfänder und Bürgschaften;
- ein Grundbuchauszug über die im Eigentum des Gesuchstellers stehenden Grundstücke;
- ein genaues Verzeichnis seines sonstigen Vermögens;
- die Rechnungsauslösungen und Bilanzen der letzten drei Jahre und eine Aufstellung über die Einnahmen und Ausgaben des laufenden Jahres.

Art. 42.

Prüfung durch die Hotel-Treuhand-Gesellschaft.

1 Soweit nicht eine Stundung ohne weiteres nach Art. 30 eintritt, kann der Präsident der Nachlassbehörde nach Einreichung des Gesuches durch einstweilige Verfügung die hängigen Betreibungen einstellen.

2 Erscheint das Gesuch nicht zum vornehmerein als aussichtslos, so holt die Nachlassbehörde darüber die Vernehmlassung der Hotel-Treuhand-Gesellschaft ein. Diese prüft die finanzielle Lage des Schuldners und allfällige der Bürgen und ihre Ursache anhand der eingereichten Belege. Sie kann von ihnen und den Gläubigern ergänzende Aufschlüsse verlangen.

Art. 43.

Freiwillige Zustimmung der Gläubiger.

1 Die Hotel-Treuhand-Gesellschaft sucht eine freiwillige Zustimmung der beteiligten Gläubiger zu den beantragten Massnahmen zu erreichen.

2 Gläubiger, welche auf die ihnen mit eingeschriebenen Briefen gemachte Offerte nicht innerhalb einer dafür angesetzten angemessenen Frist antworten, gelten als zustimmend. Sie sind auf diese Folge ausdrücklich hinzuweisen.

3 Hat die Hotel-Treuhand-Gesellschaft eine Einigung mit sämtlichen in Frage kommenden Gläubigern erzielt, so wird das Gesuch von der Nachlassbehörde als erledigt abgeschrieben. Damit treten die gleichen Wirkungen ein wie bei gerichtlicher Genehmigung.

Art. 44.

Verhandlungen mit den Gläubigern.

1 Kommt eine Einigung nicht zustande, so wird nach Eingang der Vernehmlassung der Hotel-Treuhand-Gesellschaft die mündliche Verhandlung vor der Nachlassbehörde angeordnet. Handelt es sich um eine Stundung, um die Bewilligung einer vom Betriebsergebnis abhängigen Verzinsung oder um die Abfindung von Zinsen und Steuern, so werden der Schuldner, allfällige Bürgen und die Gläubiger hiezu persönlich vorgeladen.

2 Wird die Bestätigung eines Nachlassvertrages der Kurrenlgläubiger verlangt, so ist die Verhandlung öffentlich bekanntzumachen.

3 Die Nachlassbehörde kann vorher zur Abklärung des Tatbestandes allfällig noch weiter notwendige Erhebungen machen.

4 Die Akten sind zehn Tage vor der Verhandlung zur Einsicht der Beteiligten öffentlich aufzulegen.

Art. 45.

Entscheid.

1 Der Entscheid der Nachlassbehörde ist kurz zu begründen und hat die bewilligte Massnahme genau zu umschreiben, bei Stundungen unter Angabe der betroffenen Forderungen, der Dauer und der daran allfällig geknüpften Bedingungen.

2 Der Entscheid ist schriftlich zu eröffnen und in vollständiger Abschrift dem Schuldner, den allfälligen Bürgen und der Hotel-Treuhand-Gesellschaft mitzuteilen. Die Gläubiger, die sich am Verfahren beteiligt haben, erhalten eine Abschrift des Dispositivs mit der Anzeige, dass und innerhalb welcher Frist die Begründung zu ihrer Einsicht bei der Nachlassbehörde aufliege.

3 Dem Betreibungsamt und nötigenfalls dem Grundbuchamt wird die Stundung durch eine Abschrift des Dispositivs mitgeteilt.

Art. 46.

Über ein Begehr um Widerruf einer Massnahme.

1 Über ein Begehr um Widerruf einer Massnahme ist der Schuldner mündlich oder schriftlich einzurufen. Die Nachlassbehörde hat weiter ihre allfällige noch erforderlich erscheinende Erhebungen von Amtes wegen vorzunehmen. Sie entscheidet allfälligen auf Grund der Akten.

2 Der Entscheid wird dem Schuldner, den beteiligten Bürgen und Gläubigern und der Hotel-Treuhand-Gesellschaft schriftlich in vollständiger Auffertigung, dem Betreibungsamt und allfällig dem Grundbuchamt im Dispositiv mitgeteilt.

Massnahmen im Verfahren der Gläubigergemeinschaft.

Art. 47.

Mitwirkung der Hotel-Treuhand-Gesellschaft.

1 Wenn der Eigentümer eines Hotels, gestützt auf die Bundesratsbeschlüsse vom 1. Oktober 1935 und vom 28. Dezember 1938 über die Anwendung der Gläubigergemeinschaft, beim Bundesgericht ein Gesuch um Einberufung der Gläubigervereinigung einreicht, so holt das Bundesgericht darüber zunächst die Vernehmlassung der Hotel-Treuhand-Gesellschaft ein.

2 Diese prüft die finanzielle Lage des Gesuchstellers und ihre Ursachen anhand der eingereichten Belege und kann vom Schuldner und den Gläubigern ergänzende Aufschlüsse verlangen. Sie stellt, gestützt darauf, Anträge betreffend die zu ergreifenden Massnahmen.

Art. 48.

Vergütungsbeschränkung des Schuldners.

1 Vom Zeitpunkte der Einreichung des Gesuches beim Bundesgericht bis zum Entscheid über die Bestätigung der Massnahmen gegenüber den Gläubigern durch das Bundesgericht darf der Schuldner keine Rechtsbehauptungen vornehmen, durch welche die berechtigten Interessen der Gläubiger beeinträchtigt oder einzelne Gläubiger zum Nachtheile der anderen begünstigt werden.

2 Er kann ohne Zustimmung der Hotel-Treuhand-Gesellschaft gültig weitere Grundstücke veräußern oder belasten noch Pfänder bestellen oder Bürgschaften und unentgeltliche Verpflichtungen eingehen.

Art. 49.

Kontrolle der Hotel-Treuhand-Gesellschaft.

Wenn und soweit nach den Beschlüssen des Bundesgerichts eine vom Betriebsergebnis abhängige Verzinsung einzutreten hat, kommen die Bestimmungen von Art. 16–27 entsprechend zur Anwendung.

Art. 50.

Erstreckung früherer Massnahmen.

Das Bundesgericht ist ermächtigt, einem Hotel-eigentümer, der gestützt auf den Bundesratsbeschluss vom 1. Oktober 1935 über die Anwendung der Gläubigergemeinschaft auf notleidende Wirtschaftsunternehmen oder gestützt auf die durch Art. 12 dieses Beschlusses aufgehobenen früheren Erlasse eine Kapital- oder Zinsstundung oder Zinsleichterungen geneist, die bis Ende 1940 ablaufen, auf sein Gesuch ohne Einberufung einer neuen Gläubigerversammlung die Wirksamkeit dieser Massnahmen bis Ende 1941 zu erstrecken, wenn er glaubhaft macht.

a. dass er diese Massnahmen zur Erhaltung seiner wirtschaftlichen Existenz auch weiter nötig hat und
b. dass er infolge der Kriegsereignisse und der damit verbundenen Unsicherheit der Verhältnisse nicht in der Lage ist, vor Ablauf des Jahres 1940 seinen Gläubigern neue Vorschläge zur Sanierung seines Betriebes zu unterbreiten.

Sicherung der Vorschüsse.

Art. 51.

Grundpfand der Hotel-Treuhand-Gesellschaft.

1 Für alle Vorschüsse, welche die Hotel-Treuhand-Gesellschaft gestützt auf einen Beschluss des Verwaltungsrates nach Inkrafttreten dieser Verordnung dem Eigentümer eines Hotels macht, auf den die Bestimmungen von Art. 1 zu treffen, um:

- den Betrieb und die Betriebsbereitschaft des Hotels in der Krisenzeite aufrechtzuerhalten,
- ausstehende grundpfändlich gesicherte Kapitalzinsen und Steuern durch Barzahlung abzufinden,

hat sie bis zum Höchstbetrag von einem Zehntel der im Zeitpunkt der Bewilligung schon bestehenden grundpfändlichen Kapitalbelastung an dem Grundstück ohne Eintragung ins Grundbuch ein Pfandrecht, das jeder eingetragenen Belastung und allen nach eidgenössischen und kantonalen Recht allfällig ohne Eintragung bestehenden Pfandrechten während einer Dauer von höchstens fünfzehn Jahren, vom Tage der Ausrichtung des betreffenden Betrages an, vorgeht.

2 Von solchen Vorschüssen sind die eingetragenen Grundpfändgläubiger vor der Ausrichtung zu benachrichtigen.

Art. 52.

Amortisation und Verzinsung.

Die Vorschüsse sind durch jährliche Zahlungen binnen der Frist von höchstens fünfzehn Jahren zu amortisieren. Die Hotel-Treuhand-Gesellschaft bestimmt unter Berücksichtigung der Verhältnisse des Schuldners, ob, in welchem Betrage und für welche Zeit daneben noch ein Zins zu entrichten ist.

Art. 53.

Kontrolle der Hotel-Treuhand-Gesellschaft.

1 Die Hotel-Treuhand-Gesellschaft gibt von den auszahlbaren Beträgen jeweils sofort den zuständigen Grundbuchamt Kenntnis behufs Anmerkung auf dem Blatte des Grundstückes.

2 Sie überwacht die Verwendung der Vorschüsse zu den angegebenen Zwecken.

3 Der Betrieb und die Gläubigergemeinschaft sind der Nachlassbehörde zu unterbreiten.

4 Die Kosten der Verwaltung und Verwaltung der Vorschüsse werden auf die Gläubigergemeinschaft und den Betrieb aufgetragen.

5 Die Nachlassbehörde kann die Vorschüsse auf Grund der Verordnung vom 3. November 1939 verlängern, wenn sie dies für die Sicherung der Vorschüsse und den Betrieb notwendig findet.

6 Die Nachlassbehörde kann die Vorschüsse auf Grund der Verordnung vom 3. November 1939 verlängern, wenn sie dies für die Sicherung der Vorschüsse und den Betrieb notwendig findet.

7 Die Nachlassbehörde kann die Vorschüsse auf Grund der Verordnung vom 3. November 1939 verlängern, wenn sie dies für die Sicherung der Vorschüsse und den Betrieb notwendig findet.

8 Die Nachlassbehörde kann die Vorschüsse auf Grund der Verordnung vom 3. November 1939 verlängern, wenn sie dies für die Sicherung der Vorschüsse und den Betrieb notwendig findet.

9 Die Nachlassbehörde kann die Vorschüsse auf Grund der Verordnung vom 3. November 1939 verlängern, wenn sie dies für die Sicherung der Vorschüsse und den Betrieb notwendig findet.

10 Die Nachlassbehörde kann die Vorschüsse auf Grund der Verordnung vom 3. November 1939 verlängern, wenn sie dies für die Sicherung der Vorschüsse und den Betrieb notwendig findet.

11 Die Nachlassbehörde kann die Vorschüsse auf Grund der Verordnung vom 3. November 1939 verlängern, wenn sie dies für die Sicherung der Vorschüsse und den Betrieb notwendig findet.

12 Die Nachlassbehörde kann die Vorschüsse auf Grund der Verordnung vom 3. November 1939 verlängern, wenn sie dies für die Sicherung der Vorschüsse und den Betrieb notwendig findet.

ist nur zu bewilligen, wenn keine Aussicht besteht, dass der Pächter den Pachtzins nach Ablauf einer allfälligen Stundung voll nachzuzahlen kann.

Art. 57.

b. Stundung.

1 Die Stundung kann sich auf verfallene und bis Ende 1941 laufende Pachtzinsen beziehen. Sie darf für jeden Zins drei Jahre nicht übersteigen.

2 Sie hat zur Voraussetzung, dass der Schuldner voraussichtlich in der Lage sein wird, die gestundeten Beträge nach Ablauf der Stundung nachzuzahlen.

3 Die Stundung kann mit einem Nachlass verbunden werden. Wo die Umstände es rechtfertigen, kann die Nachlassbehörde Abschlagszahlungen und eine Verzinsung der gestundeten Beträge vorschreiben.

Art. 58.

Fordtager des Pachtvertrages.

1 Hat der Verpächter dem Pächter für einen rückständigen Pachtzins bereits gemäss Art. 203 des Obligationenrechts Frist mit Androhung der Auflösung des Pachtvertrages angesetzt, so hat der Richter den Entscheid über die Ausweisung zu sistieren, wenn der Pächter sich binnen einer Frist von 14 Tagen darüber ausweist, dass er bei der zuständigen Nachlassbehörde ein Gesuch um Stundung oder Nachlass des Pachtzinses anhängig gemacht hat. Die Nachlassbehörde bestimmt alsdann durch vorläufige Verfügung, ob die Wirkungen der Fristansetzung eingestellt bleiben oder nicht.

2 Wird eine Stundung oder ein Nachlass des Pachtzinses bewilligt, so ist die Ausweisung wegen des gestundeten oder nachgelassenen Betrages ausgeschlossen.

Art. 59.

Bürgen und Mitschuldner.

1 Auf Antrag von Bürgen und Mitschuldndern kann die Stundung auf sie ausgedehnt und können sie von der Haftung für den nachgelassenen Teil des Pachtzinses befreit werden, wenn der Pachtzins nicht mehr Pfändungswert hat.

2 Der Gesuch ist die Geschäftsbücher des Pächters, sowie eine Übersicht über seine Vermögenslage beizufügen.

3 Im übrigen sind für das Verfahren die Vorschriften von Art. 37, 40, 42, 43, 44, Abs. 1 und 3, und 45 entsprechend anwendbar.

Art. 60.

Verfahren.

1 Mit dem Gesuch hat der Pächter den Pachtvertrag einzurichten und die Pachtzins zu bezeichnen, für die er Nachlass oder Stundung verlangt, sowie die dafür allfällig bestehenden oder noch zu leistenden Sicherheiten anzugeben.

2 Dem Gesuch sind die Geschäftsbücher des Pächters, sowie eine Übersicht über seine Vermögenslage beizufügen.

3 Eine aussergerichtliche Entschädigung an die Gläubiger und die Hotel-Treuhand-Gesellschaft für das Erscheinen vor der Nachlassbehörde kann dem Schuldner nicht auferlegt werden.

Art. 62.

Betrug.

Die Nachlassbehörde bezieht für das Verfahren und den Entscheid eine Globalgebühr von Fr. 25 bis Fr. 100, das Bundesgericht für einen Beschwerdeentscheid eine solche von Fr. 50 bis Fr. 150.

Anwendung auf die Stickereiindustrie.

Art. 63.

Die Bestimmungen dieser Verordnung sind auf die Stickereiindustrie und ihre Hilfsindustrien sinngemäss anwendbar, mit der Massgabe, dass an Stelle der Hotel-Treuhand-Gesellschaft die Schweizerische Stickerei - Treuhand - Genossenschaft tritt.

Schluss- und Übergangsbestimmungen.

Art. 64.

Inkrafttreten. Andere Erlasse.

1 Diese Verordnung tritt am 25. Oktober 1940 in Kraft. Sie ersetzt mit diesem Tage diejenige vom 3. November 1939 über eine Stundung für die Hotel- und die Stickerei-industrie sowie den Bundesbeschluss vom 21. Juni 1935 über vorübergehende rechtliche Schutzmassnahmen für die Hotel- und die Stickereiindustrie.

2 Die Stundungen auf Grund der Verordnung vom 3. November 1939 verlängern sich von Gesetzes wegen bis Ende 1941.

Mitteilung der Redaktion

Obwohl uns der genaue Wortlaut der Verordnung des Bundesrates über vorübergehende rechtliche Schutzmassnahmen erst bei Abschluss des Blattes zukam, entschlossen wir uns doch mit Rücksicht auf die Wichtigkeit dieses Erlasses und in Anbetracht des Interesses, das unsere Mitglieder demselben entgegenbringen, den Text noch der dieswochigen Nummer beizugeben. Die Herstellung der Beilage, deren Aufbewahrung wir allen Lesern angelegetlich empfehlen, verursachte eine Verzögerung in der Herausgabe und der Spedition des Blattes. Wir bitten Leser und Inserenten davon Kenntnis zu nehmen und die Verzögerung, die wohl durch die Ergänzung des Textteils aufgewogen sein durfte, zu entschuldigen.

REVUE SUISSE DES HOTELS

Bâle, 24 octobre 1940

N° 43

ORGANE PROFESSIONNEL POUR L'HOTELLERIE ET LE TOURISME

Bâle, 24 octobre 1940

N° 43

Du Comité central

Séance des 14 et 15 octobre à l'Hotel Central à Zurich

MM. E. Elwert, vice-président, R. Bieri, H. Bon, F. Cottier, A. Fanciola, A. Gamma, F. Kothmann, R. Mojonet et V. Wiedeman assistaient à cette séance présidée par le Dr H. Seiter, président central. M. von Almen, absent pour cause de service militaire, était excusé. Le Dr M. Riesen, directeur, le Dr Büchi et le Dr Streiff du Bureau central étaient en outre présents.

1. Communication du Président central

Le Président remercie M. E. Elwert qui a bien voulu accepter la charge de vice-président. Le Comité central apprécie vivement l'objectivité du nouveau vice-président et l'active participation qu'il a toujours prise à toutes les affaires de la Société.

2. Saison d'été 1940

Le Comité central commenta ensuite les résultats de la saison d'été 1940 pour l'hôtellerie suisse. Après avoir examiné les divers rapports qui lui sont parvenus des principales régions touristiques, il a conclu que, contrairement à ce qui a été annoncé dans la presse, la saison d'été n'a pas du tout été bonne ni même satisfaisante. Si quelques stations de villégiature ou stations balnéaires ont été bien accueillies par la clientèle suisse pendant une période assez courte, en général par contre, la fréquentation doit être considérée comme absolument insuffisante. Cette réduction de trafic catastrophique est due principalement à l'insécurité qui règne actuellement au point de vue situation générale, aux troubles apportés dans la vie économique par la mobilisation, à l'absence complète de la clientèle étrangère, à la cessation du tourisme automobile et en plus aux conditions météorologiques particulièrement défavorables de cet été. En outre, l'hôtellerie a encore à souffrir de fortes pressions exercées sur les prix et du renchérissement du coût de la vie. (Nous reviendrons sur ce sujet dans le prochain numéro de notre journal.)

3. Rapport sur diverses conférences

a) Commission d'experts auprès du département fédéral de Justice et Police au sujet du projet de loi concernant les mesures transitoires en faveur de l'hôtellerie. Comme nous l'avons brièvement relaté dans le numéro 39 de la Revue suisse des Hôtels, une séance de la commission d'experts s'est tenue le 17 septembre sous la présidence de la Division de Justice. Une délégation de notre Société, des représentants de la S.F.S.H., des banques et de l'organisation des employés, y prirent part. Le principal objet de ces délibérations fut l'adaptation du taux de l'intérêt aux conditions de rendement des exploitations hôtelières. Une proposition tendant à fixer un taux d'intérêt fixe, de 3 pour cent par exemple, en place d'un taux d'intérêt variable n'a pas été prise en considération. Les créanciers ont repris l'idée de faire établir des reconnaissances d'intérêt et demanderont que le taux d'intérêt contractuel soit fixé à 3,5 pour cent au lieu de 3 pour cent. Cette solution risquant de porter préjudice aux créanciers hypothétiques de rangs subseqüents, nous l'avons repoussée comme d'ailleurs la proposition des reconnaissances d'intérêt. Le Comité central a appris avec satisfaction que ce projet de loi serait prochainement soumis au Conseil fédéral si bien que l'on peut espérer que cette affaire sera encore liquidée ce mois. Les organes directeurs de la Société espèrent en outre que ce projet sera accepté sans qu'on lui fasse subir de modifications importantes. Ce vœu a été communiqué télégraphiquement au chef du département fédéral de Justice et Police.

Un projet concernant une proposition de ce département sur la continuation des mesures de secours financières en faveur de l'hôtellerie suisse a été présenté au Conseil fédéral. Il servira de base à un arrêté fédéral qui doit mettre à la disposition de la SFSH de nouveaux crédits pour celle-ci puisse poursuivre son action de secours et venir à bout de ces nouvelles tâches. L'intention de lier cette aide financière à une réglementation générale obligatoire des conditions de salaire et de travail a été repoussée par nous. Une telle extension des compétences départementales aurait rendu en grande partie illusoire l'aide qui nous était accordée d'autre part, puisqu'elle aurait entraîné de nouvelles charges difficilement supportables pour le patronat. La situation économique et les perspectives pour l'avenir sont si incertaines que la Société ne peut prendre la responsabilité de conclure n'importe quelle convention à l'avance, et la fréquentation est si instable qu'on ne peut s'engager pour toute la durée de l'action de secours. La S.S.H. s'est toujours montrée disposée à traiter les questions de travail et de salaire sur la base de discussions communes et de la bonne volonté réciproque. Mais elle doit repousser la tentative qui est faite d'utiliser la situation critique dans laquelle se trouve notre industrie et de faire dépendre les secours dont elle a besoin d'urgence d'obligations et de circonstances tout à fait différentes.

b) Commission d'experts chargée d'examiner les questions touristiques. Cette commission s'est réunie pour la première fois sous la présidence de M. Cottier, le nouveau directeur de l'Office fédéral des transports. Elle s'est occupée du projet de loi tendant à introduire une réglementation des prix obligatoires pour tous les hôtels. Nous prêconisons ici une solution qui accorde à l'Etat le droit de dire son mot, mais qui laisse aux personnes de la profession le soin de prendre les décisions purement techniques. La réglementation devrait se baser sur les mesures prises en faveur de l'industrie horlogère et dans lesquelles l'Etat se borne à sanctionner les accords approuvés par

les associations intéressées. L'établissement légal de la réglementation des prix pourrait se faire en liaison avec l'édition de mesures de secours financières en faveur de l'hôtellerie. Dans ce cas, l'affaire doit être liquidée par le département de l'Economie publique et devient du ressort de l'Office fédéral de l'industrie, des arts et métiers et du travail. Il reste encore 5,5 millions à disposition du crédit qui avait été attribué au programme de création d'occasions de travail en faveur du tourisme, de l'assainissement d'hôtels et d'établissements balnéaires. La Commission a examiné une série de propositions afin d'utiliser ce crédit le mieux possible.

4. Requête de l'Union Helvetia

En date du 3 septembre 1940, la direction générale de l'Union Helvetia adressait une requête au département des Postes et chemins de fer au sujet de l'assainissement de l'hôtellerie.

Après avoir longuement discuté les thèses qui étaient exposées dans cette requête, le Comité central a été unanime à déclarer que ces considérations dépassaient le cadre des problèmes purement hôteliers et qu'il était offensant au point de vue personnel. Dans sa critique concernant les exploitations familiales dans l'hôtellerie, l.U.H. est en opposition avec les présentations présentées par les connaisseurs les plus en vue de notre économie, qui veulent remettre en cause la possession d'hôteliers consciencieux les entreprises devenues anonymes (ce qu'on appelle les entreprises à directeurs) et entrer en relation sous une forme ou sous une autre avec des familles d'hôteliers. Cette attaque contre la tradition est parfaitement injustifiée, puisque c'est cette tradition qui a fait et conservé la réputation internationale de notre hôtellerie. Si plusieurs entreprises familiales font de gros sacrifices financiers pour maintenir leurs maisons et leur faire traverser la crise, cela n'est-il pas en fin de compte à l'avantage des employés d'hôtels qui ont ainsi du travail et une possibilité de gain? L'étroitesse de vue dont témoigne ce jugement de la question sociale, est d'autant plus incompréhensible que la S.S.H. est toujours restée en contact avec l'organisation du personnel et que maints progrès sociaux ont pu être réalisés dans l'intérêt de chacune des parties. Les discussions communes qui ont eu lieu cette année au sujet des questions de travail et la collaboration paritaire qui a été réalisée dans diverses institutions sont la preuve de la volonté des employeurs de consolider la position du personnel.

Le Comité central adressera une requête au département des Postes et Chemins de fer, requête dans laquelle il prendra position à l'égard de l'exposé de l.U.H. Sans entrer dans les divers postulats de l.U.H., il faut ne pas oublier que la situation critique dans laquelle se trouvent notre industrie et l'instabilité des temps actuels rend impossible la réalisation de n'importe quelle convention à long terme et ne permet pas de donner suite à des propositions qui seraient insupportables pour l'hôtellerie en détresse.

5. Audience au Conseil fédéral

La Conférence que nous devions avoir avec le Conseil fédéral n'a pu encore avoir lieu. Pourtant le Comité central estime qu'il est indispensable de pouvoir exposer oralement à notre plus haute autorité nos postulats les plus urgents. À cette occasion, un mémoire élaboré par la direction du Bureau central sera adressé aux divers départements compétents.

6. Ecole professionnelle

Le Comité central a entendu un rapport de la Commission scolaire sur la prochaine année scolaire. On prévoit pour le moment un cours de 5 à 6 mois, allant de la mi-mars à la mi-septembre, avec une interruption de 15 jours au gros de l'été. La Commission a chargé diverses sous-commissions d'élaborer un nouveau programme d'étude, programme dans laquelle les cours pratiques doivent avoir une place plus étendue. La Commission scolaire a en outre été autorisée à poursuivre les travaux préliminaires en vue de la réalisation de camps d'éducation professionnelle et de faire les démarches nécessaires, en liaison avec l'association du personnel. L'organisation de ces camps, le programme, le financement et toutes questions accessoires sont l'objet d'études communes avec une délégation de l.U.H.

7. Création de l'Office central suisse du tourisme

Le Comité central a été mis au courant par notre représentant à la Commission technique de la réorganisation, et de la transformation de l.O.N.S.T. en O.C.S.T. L'Assemblée constitutive de l.O.C.S.T. est fixée au 18 novembre et le même jour aura lieu la liquidation de l.O.N.S.T. Le Comité central a approuvé le *projet de contrat entre les C.F.F. et l.O.C.S.T. à propos de la remise des agences à l'étranger*, un projet d'un statut d'organisation pour l.O.C.S.T., ainsi que deux projets émanant des délibérations de la Commission technique. Il désigna les représentants de notre Société au Comité et au Comité directeur de l.O.C.S.T. Le choix du président donna aussi lieu à une longue discussion.

8. Réglementation des prix

a) Eau chaude préparée à l'électricité et propagande. Le Comité central s'est occupé de la propagande spéciale qui a été faite par certaines maisons qui pouvaient avoir de l'eau chaude en permanence. Le Comité estime que c'est un geste inaccordé à l'égard de ceux de nos membres qui sont atteints par les prescriptions fédérales limitant la préparation de l'eau chaude à un jour par semaine seulement.

b) Arrangements spéciaux pour les clients qui résident domicile à l'hôtel. Sur proposition de la Commission de réglementation des prix qui estime que lors des arrangements spéciaux pour clients restant à demeure à l'hôtel, les prix minima ne doivent pas être dépassés, le Comité central décide que la Commission ne doit pas perdre cette question de vue et, finalement, intervenir dans les cas particuliers.

c) Taxes de chauffage. Alors que l'Office fédéral de contrôle des prix a approuvé les taxes de chauffage graduées suivant les catégories d'hôtels d'après les prix de pension minima, comme cela a été décidé lors de la dernière assemblée des délégués, aucune solution satisfaisante n'a encore pu être trouvée en ce qui concerne les hôtels garnis. C'est pourquoi, il faut poursuivre les négociations avec ledit Office de contrôle. Dans ce domaine, le Comité central estime qu'il est indispensable d'apporter une modification à la décision de l'assemblée des délégués, c'est-à-dire de réduire la taxe de chauffage au minimum de 50 cts par nuit pour les voyageurs de commerce, ceci pour atténuer le renchérissement des frais d'hôtel pour cette catégorie de voyageurs.

9. Rapport du service de renseignements économiques

Ce rapport mentionne les résultats des nouvelles négociations qui ont eu lieu avec l'Office fédéral de guerre pour le travail et l'industrie au sujet de la fermeture anticipée des établissements. Les autorités ont maintenu la fermeture générale des établissements à 23 h. Par contre, des exceptions ont été faites pour l'exploitation de salles. En outre, dans les régions de tourisme proprement dites, d'autres exceptions pourront être autorisées par les Cantons. Pour certains buffets de gare, l'heure de fermeture a été fixée à 23 h 30.

Le service de renseignements économiques a eu l'occasion de donner son avis sur la *fixation d'une température maximum dans les chambres d'hôtel*. Comme, au point de vue technique, une telle réglementation n'aurait pu être appliquée que très difficilement dans l'hôtellerie et qu'elle aurait entraîné de graves inconvenients, les autorités ont renoncé à une telle mesure. Elles l'ont remplacée par des directives permettant d'économiser du combustible. (Voir Revue suisse des hôtels numéro 41.) Nos membres sont instamment priés d'observer ces recommandations.

Pour la *distribution du charbon* les autorités ont décidé que l'industrie et les hôpitaux recevraient le 50%, l'hôtellerie le 45% et les ménages le 40% des besoins normaux. Il est regrettable que l'on n'ait pas placé l'hôtellerie dans la même catégorie que l'industrie et les hôpitaux. Une nouvelle distribution aura lieu après le Nouvel An si les conditions d'approvisionnement n'ont pas empêché.

Le rapport traite en outre de différentes mesures d'économies à propos des denrées alimentaires rationnées. Sur demande de l'Office de guerre pour ravitaillement, un appel a été adressé dans la Revue suisse des hôtels (et au moyen de circulaires envoyées aux sections) pour engager nos membres à ménager de leur propre chef les denrées alimentaires rationnées. En cette adaptation ne se fait pas de plein gré, il faut s'attendre à de nouvelles mesures interdisant la préparation de certains mets. Les perspectives réjouissantes que laisse entrevoir le *marché du beurre*, la rareté des porcs, la semaine sans viande de porc et l'augmentation des prix dans ce domaine, donneront lieu à diverses communications. Selon les circonstances, des démarches seront faites auprès des offices compétents.

10. Rapport de la direction

a) *Sacrifice pour la défense nationale*. Le Comité central prit connaissance d'un rapport sur les négociations qui ont lieu avec l'administration fédérale sur l'estimation des immeubles hôteliers. Un schéma général pour la détermination de la valeur de rendement des immeubles hôteliers a été malheureusement rejeté par la conférence des autorités fiscales cantonales. Par contre, les autorités ont déclaré vouloir tenir compte le plus possible de la situation actuelle de l'hôtellerie. (Nous renvoyons à ce sujet à l'article qui paraît dans ce numéro de la Revue suisse des Hôtels.) Pour ce qui concerne l'imposition des étrangers, des négociations sont encore en cours. Il faut éviter qu'une trop forte imposition n'ait pour conséquence un dépôt anticipé des clients d'hôtels, puisque ils sont soumis à l'impôt, après un séjour de 3 mois déjà. Il est à craindre à ce sujet que l'hôtellerie n'ait à souffrir de ces dispositions et que l'Etat n'en retire rien plus. Les atténuations qui ont été proposées sont sans doute de rigueur.

b) *Régulations d'hôtels*. Une réponse du département militaire nous signale que la question des indemnités pour le cantonnement et le logement des militaires à l'hôtel est toujours à l'étude et qu'il faut prendre patience.

c) *Office central suisse du tourisme*. On ne connaît encore que trop peu le résultat des voyages d'automne dans les vignobles qui

viennent d'être organisés par l'ONST, pour pouvoir porter un jugement sur cette innovation. Toutefois, nos membres ont exprimé le vœu que l'on tienne davantage compte des petites entreprises pour le logement des participants à ces voyages. Le programme de propagande pour cet hiver est limité à la Suisse et une note humoristique doit être introduite dans cette publicité.

d) *Heure d'été*. A la question de l'Association suisse de l'industrie et du commerce, il est répondu que l'hôtellerie n'a aucune objection à faire à l'introduction de l'heure d'été en Suisse.

e) *Prolongation des billets du dimanche*. Notre requête à la direction générale des CFF demandant que la durée de validité des billets du dimanche commence à partir du vendredi à midi est encore à l'étude. On craint, paraît-il, que ces billets de week-end ne soient utilisés pour des voyages d'affaires. (Pour éviter cela, il suffirait de décider que le retour ne peut se faire que le dimanche. Réd.)

f) *Loi fédérale concernant les droits d'auteur*. Cette loi a, comme on le sait, été approuvée sans grandes modifications par les Chambres fédérales. Nous nous sommes efforcés d'être représentés convenablement dans la commission d'arbitrage pour la fixation des taxes. Il devrait nous être donné satisfaction, car l'hôtellerie appartient à une des catégories d'industrie qui emploient le plus des orchestres.

g) *Liberter de travail*. Comme toutes les sections auxquelles nous nous sommes adressés à ce sujet (il s'agit surtout de sections romandes) n'ont pas encore répondu à notre enquête, nous avons dû retarder l'envoi de notre requête aux autorités fédérales demandant que la liberté de travail soit assurée au personnel hôtelier dans toute la Confédération.

h) *Congés et dispenses militaires*. Il ressort du rapport sur la position adoptée par les autorités militaires dans ce domaine, que les demandes de congés du personnel nécessaire pour s'occuper des installations de chauffage et du personnel des entreprises d'hiver ou de printemps seront davantage prises en considération. En outre, des périodes de congés plus longues doivent permettre à l'avenir au personnel de reprendre ses occupations professionnelles.

i) *Caisse de compensation pour pertes de gain*. A divers endroits, les caisses de compensation pour perte de gain essaient de prélever sur des hôtels fermés la contribution mensuelle fixe. Nous attrapons l'attention de nos membres sur le fait que pendant la durée de fermeture de l'hôtel, il n'y a à payer ni la cotisation fixe.

La direction rapporte en outre sur la semaine de 5 jours qui a été introduite au Bureau central. Comme le bureau est fermé le samedi, un service de téléphone sera organisé pour qu'en cas d'affaires urgentes, une des personnes compétentes puisse toujours être atteinte. La Commission de contrôle chargée de s'occuper des finances de la Société présente un rapport sur l'enquête qu'elle a effectuée sur place. L'encaissement des cotisations est en train de se faire. Tenant compte des cotisations réduites, on peut espérer que tous les membres s'acquitteront de leurs obligations.

Pour les exploitations fermées, un règlement spécial concernant l'exonération de la contribution au service de placement, pour autant que ces maisons en fassent la demande, a été approuvé. En terminant, la Direction a présenté un résumé sur les assemblées auxquelles elle a représenté notre Société, soit celles de l'Union suisse des arts et métiers, de la Fédération suisse du tourisme et de l'Association suisse des écoles de ski.

Le Comité central a donné son approbation à une demande faite par l'Association suisse des marchands de cigares qui, par suite du renchérissement survenu, préconise la suppression de la remise gratuite d'allumettes lors de la vente de tabacs.

Action de rénovation d'hôtels. A la suite de négociations qui eurent lieu avec la Centrale fédérale des possibilités de travail, une requête a été adressée à l'ensemble des gouvernements cantonaux. Les sections ont été avisées de ce fait et nous leur avons recommandé d'entreprendre elles aussi des démarches auprès de leurs cantons respectifs. Quelques questions accessoires qui sont encore discutées avec la Centrale fédérale des possibilités de travail sont encore en suspens. Afin de faciliter à nos membres l'apport de leur propre contribution d'hôtels, le Comité central a décidé d'entrer en rapport à ce sujet avec la SFSH pour mettre au point la question de mise à disposition de crédits.

11. Contact plus étroit avec les sections

Une circulaire a été adressée aux sections pour leur demander de rester davantage en contact avec le Comité central et avec le Bureau central et pour prier les comités de section d'envoyer des rapports sur les séances qu'ils tiennent et sur les décisions prises. D'autre part, le Comité central a décidé au cours de ses séances d'entrer, autant que possible, en contact avec les sections.

Sacrifice pour la défense nationale

Les autorités fiscales sont actuellement en train de distribuer aux contribuables les formulaires de déclaration en vue du sacrifice pour la défense nationale. Dans le numéro 35, du 29 août 1940 de notre journal, nous avons déjà publié un résumé des principaux articles revêtant quelque importance pour nos membres. Mais nous constatons par les nombreuses questions qui nous sont posées que certains articles ne sont pas très clairs spécialement en ce qui concerne l'évaluation des immeubles hôteliers et nous croyons utile de revenir sur ce point. On comprend facilement qu'on nous pose des questions à ce sujet car, dans bien des cas, les impôts communaux et cantonaux sont calculés sur des estimations qui ne tiennent pas du tout compte de la situa-

tion actuelle de l'hôtellerie. On pouvait donc craindre à juste titre que les cantons qui sont chargés par la Confédération du prélèvement du sacrifice pour la défense nationale n'utilisent leurs méthodes d'estimation. Mais remarquons tout d'abord, comme l'a publié la Confédération, que chaque contribuable invoquer les faits.

Les estimations qui auraient été exécutées selon les anciennes méthodes cantonales ne sont donc pas sans autre obligatoires pour le contribuable. En cas de conflit entre les contribuables et les autorités fiscales, seuls les principes de base établis par la Confédération sont de règle.

Le sacrifice pour la défense nationale repose sur l'arrêté du Conseil fédéral du 30 avril 1940, prescrivant des mesures propres à amortir les

dépenses militaires extraordinaires et à ordonner les finances fédérales. L'article 5 de cet arrêté précise que le sacrifice de défense nationale sera prélevé par les cantons, mais que la Confédération veillera à assurer une taxation et une perception correcte et uniforme de cet impôt.

Ce dernier principe ne peut naturellement pas être laissé de côté par les cantons. Le Conseil fédéral a publié plus tard, dans un nouvel arrêté, des prescriptions précises relatives à l'exécution de l'arrêté dont nous venons de parler. (Voir arrêté fédéral du 19 juillet 1940 concernant la perception d'une contribution unique au titre de sacrifice pour la défense nationale, que nous désignerons par la suite par l'abréviation ASDN.) Il ressort de cet arrêté que les principes établis par la Confédération sont dans bien des cas fort dérivés des prescriptions fiscales cantonales. En ce qui concerne

L'évaluation des immeubles hôteliers

en vue du sacrifice pour la défense nationale, l'art. 20 de l'ASDN donne les indications suivantes:

Pour calculer la valeur des immeubles, il sera tenu compte équitablement de leur valeur vénale et de leur valeur de rendement.

Les immeubles servant avant tout à l'exploitation agricole et dont la valeur vénale est déterminée essentiellement par cette exploitation sont estimés, avec les bâtiments nécessaires, uniquement d'après leur valeur de rendement.

Sont considérés comme immeuble au sens du présent article: les biens-fonds, les droits distinctifs et permanents immatriculés au registre foncier et les mines.

Tout ce qui concerne les choses et les jouissances (forces hydrauliques, etc.) attachées à des immeubles sont considérés comme en faisant partie.

Le département fédéral des finances et des douanes édictera des instructions spéciales pour l'évaluation des immeubles.

Se basant sur le dernier alinéa de cet article, le département fédéral des finances et des douanes a édicté, en date du 21 août 1940, une ordonnance d'après laquelle les dispositions concernant l'évaluation des immeubles en vue de la contribution fédérale de crise sont applicables par analogie en vue du sacrifice pour la défense nationale. Ces dernières prescriptions qui datent du 26 décembre 1939 contiennent les règles suivantes:

Pour les immeubles et bâtiments non agricoles et les immeubles agricoles dont, lors d'une mutation, le prix d'achat ou de reprise ne serait pas déterminé en premier lieu par le rendement agricole, mais par d'autres possibilités d'utilisation, l'évaluation tiendra équitablement compte de la valeur vénale et de la valeur de rendement dans la moyenne des années déterminantes.

On considérera comme valeur vénale d'un immeuble le prix atteint au cours de transactions faites, dans la même région, pour des immeubles situés et conditionnés de manière analogue. On prendra pour base de calcul la valeur vénale moyenne des années 1937 à 1939.

Pour l'établissement de la valeur vénale d'un immeuble, on tiendra compte des prix effectivement payés entre 1937 et 1939, ainsi que des évaluations faites en vue d'expatriations, ou en toute autre circonstance. On ne prendra pas en considération les ventes ayant un caractère exceptionnel (vente entre parents, achats spéculatifs exceptionnels, etc.). Si des biens mobiliers ont été vendus avec l'immeuble, on défaillera la valeur de ces biens du prix de vente total. Par valeur de rendement d'un immeuble, on entend le revenu brut d'une exploitation normale, défaillant faites des frais d'exploitation, des indemnités usuelles pour le travail du propriétaire sur son propre bien, ainsi que des amortissements justifiés, mais non pas des intérêts passifs. Font également partie du revenu brut les produits que le propriétaire tire de son immeuble pour ses besoins personnels. On évaluera ces produits conformément à l'usage. Dans l'évaluation des immeubles on tiendra compte de toutes les jouissances, droits et servitudes qui s'y rattachent.

On évaluera avec l'immeuble les choses qui lui sont attachées de manière durable (chaudières fixes, machines scellées, installations et conduites électriques, boîters, réservoirs de benzine, volets, etc.).

Cette ordonnance contient aussi des prescriptions sur la procédure qui sont légèrement en contradiction avec l'art. 20 de l'ASDN que nous venons de citer:

Dans les cantons où les estimations foncières ont été faites d'après des principes uniformes, ces estimations serviront de base. Le département fédéral des finances et des douanes constate, après avoir entendu les gouvernements cantonaux et les représentants des propriétaires fonciers, si les estimations faites par un canton correspondent aux principes posés plus haut. Dans l'affirmative, l'évaluation du canton servira telle quelle de base à l'estimation des immeubles. Dans la négative, le département fédéral des finances et des douanes décidera dans quelle mesure les estimations des cantons doivent être modifiées pour servir de base au calcul de la contribution.

Nous sommes donc en présence de deux systèmes d'évaluation, mais il faut se rappeler que le second n'est qu'une méthode auxiliaire, utilisable quand on ne possède pas de bases d'évaluation suffisantes. Il ressort donc de ces prescriptions que les coefficients d'ajustement déterminés par le département fédéral des finances et des douanes ne constituent que des directives pour l'évaluation des immeubles. Elles ne pourront en aucun cas dissuader les autorités de taxer et de recouvrer de l'obligation d'examiner les déclarations et moyens de preuve y apportées par le contribuable dans chaque cas particulier.

La première question que se pose le contribuable est donc: que faut-il entendre par coefficient d'ajustement? Ce sont donc certaines défaillances ou suppléments qui modifient les estimations cantonales pour obtenir la valeur à laquelle on arriverait en se basant sur les principes établis par la Confédération. Dans les cas particuliers, les cantons peuvent fixer ces défaillances sous le contrôle des autorités fédérales. Dans la pratique, pour les immeubles hôteliers, elles peuvent être de 10 à 30% des estimations cantonales. Ces défaillances peuvent dans certains cas suffire à corriger les surestimations des immeubles hôteliers. Dans les autres cas, le contribuable fera bien, s'il estime encore la somme à laquelle il a été taxé trop élevée, de se référer aux dispo-

sitions fédérales, tout en apportant les moyens de preuve de la valeur de rendement et de la valeur vénale, car la méthode des coefficients d'ajustement ne peut sans autre être considérée comme obligatoire.

En cas de recours, le contribuable se rapportera toujours à l'article 20 de l'ASDN et aux principes d'évaluation fixés par la Confédération, ceci afin de se protéger d'une entreprise trop violente des autorités fiscales cantonales.

Evaluation du mobilier d'hôtel et de restaurant

Pour le mobilier, c'est la valeur vénale qui entre en ligne de compte. Selon les instructions des autorités fiscales, la valeur vénale représentera, dans la règle, le 60% de la valeur d'assurance. N'est soumise à l'impôt que la somme qui dépasse fr. 20.000.—

Comme les assurances concernant le mobilier comprennent aussi dans les hôtels les effets appartenant aux employés et aux clients, la valeur de ces objets peut naturellement être déduite de la somme totale. Si nous soulevons encore une question de principe dans ce domaine, c'est dans le but de faire intervenir, avec le temps, une solution plus supportable. Un hotel sans mobilier n'est pas concevable et de dernière influence déterminante sur la valeur de rendement de l'immeuble. La valeur de rendement et la valeur vénale comprennent toujours pratiquement les immeubles et le mobilier. Mais hélas! les autorités font une exception à ce sujet. Le mobilier d'hôtel doit être selon elles imposé à part et cet impôt viendra s'ajouter à celui des immeubles comme s'il s'agissait d'habitations privées. Or, dans les grandes exploitations la

valeur du mobilier atteint des centaines de milliers de francs et cela n'a plus rien de comparable avec les meubles d'un ménage privé. La somme de fr. 20.000.—, non soumise à l'impôt, est ridiculement faible dans ces conditions là.

Le sacrifice pour la défense nationale a pour objet la fortune nette, c'est-à-dire l'ensemble des actifs imposables (immeubles, mobilier, provisions, titres, argent liquide, etc.) sous déduction des dettes. Ces prescriptions s'appliquent aussi aux Sociétés anonymes. Celles-ci doivent pourtant pas considérer leur capital-actions et leurs réserves éventuelles comme fortune nette quand, y compris les dettes et les emprunts, il dépasse la valeur des actifs imposables.

Facilités de paiement, remise

On peut en outre signaler encore les articles 89 et 90 de l'ASDN qui contiennent des renseignements sur les facilités de paiement et sur l'éventuelle remise du sacrifice pour la défense nationale. Ces articles ont la teneur suivante:

« Si le recouvrement de la contribution dans les délais prévus devait avoir pour le contribuable des conséquences particulièrement dures, l'administration cantonale du sacrifice pour la défense nationale peut accorder des facilités de paiement, dans les limites que fixera le département fédéral des finances et des douanes. Elle peut aussi renoncer à un intérêt. »

La prolongation des délais de paiement peut être subordonnée à la constitution de sûretés convenables.

Les facilités de paiement doivent être réservées lorsque les conditions qui les avaient fait accorder n'existent plus.

I postulati necessari per il superamento della crisi nel turismo

par M. A. Fanciola, Hôtel Esplanade, Locarno

Nous avons le plaisir de commencer ci-dessous la publication du remarquable exposé que M. A. Fanciola, membre de notre Comité central, a présenté au cours de l'assemblée générale de la Fédération suisse du tourisme, qui s'est tenue à Lugano, le 12 octobre. Ce rapport qui peint admirablement la situation actuelle de l'hôtellerie a fait une profonde impression sur les participants de cette assemblée. Nous poursuivrons cette publication dans les prochains numéros de notre journal. Réd.

Il Comitato centrale della Società Svizzera degli Albergatori, a mezzo dell'Egregio suo Presidente Dr. Seiler, ha voluto onorarmi dell'incarico di fare a voi, rappresentanti del turismo, cioè di una categoria di attività molto affine alla nostra e come questa altamente interessante l'economia nazionale; un rapporto sulla difficile situazione dell'industria alberghiera Svizzera, sulla possibilità del suo risanamento, nonché sugli attuali gravi problemi del vettovagliamento e del riscaldamento. Io non intendo, nel quadro più vasto della vostra odiernea riunione esaminare e discutere nei dettagli i problemi che tratterò, ma mi limiterò invece a darvi una visione d'insieme, la quale però, completata delle opportune spiegazioni, vi permetterà di rendervi esattamente conto delle gravi difficoltà in cui si dibatte l'industria alberghiera nazionale, e vi farà persuasi che solo col'intervento delle Autorità Federali, possono venire adottate le misure economiche e legislative da noi preconizzate per la nostra salvezza.

*Parlerei avvantaggio della necessità di una azione di soccorso su vasta scala, delle forme che tale azione dovrebbe assumere e dell'adozione di misure legislative speciali. La soluzione di questo problema si presenta sotto un duplice aspetto inteso a risolvere le nostre difficoltà in modo definitivo, oppure semplicemente provvisorio. Potrebbe sembrare inutile parlare di risanamento definitivo della nostra industria, dopo che da oltre 20 anni assistiamo impotenti alla insufficienza di misure che volta a volta sono state adottate per questo scopo. Ma io voglio qui ricordare queste possibilità, già ripetutamente riconosciute efficaci da alte personalità politiche, e da insigni specialisti, i quali ritengono fermamente che si possano trovare i provvedimenti perfettamente atti a svolgere in via definitiva, — o per lo meno fintanto che nuove impreviste ed insormontabili difficoltà non verranno nuovamente a prostrarci — il loro benefico effetto sugli alberghi eccessivamente obiettati da impegni e passività, perché si abbia il coraggio di adottare le grandi misure e di destinare a questo scopo i capitali necessari. Ricorderò pure che i Proff. Dr. Böhler e Dr. Böhi dell'Istituto di ricerca economiche del Politecnico Federale di Zurigo, evadendo una richiesta ricevuta dalla nostra Associazione, hanno steso un rapporto che esattamente precisa le cause del malestere nel quale ci dibattiamo, e propone le soluzioni che si impongono per un radicale ed effettivo miglioramento. Senonché per raggiungere questo risultato, noi dovremmo ottenere dalle Autorità Federali gli ordinamenti legislativi indispensabili, prima fra tutti quello tendente alla riduzione della *stima degli stabili* destinati all'industria alberghiera (per quanto questa soluzione possa incontrare gravi opposizioni da parte dei creditori e delle Autorità Cantonal fiscali interessate), e quindi quelli *accordanti le necessarie sovvenzioni ed aiuti finanziari*. Con tutto ciò non vogliamo negare i benefici effetti che le disposizioni già presa da oltre un ventennio ci hanno arreccato, specialmente l'introduzione della procedura del concordato ipotecario. All'incontro l'aiuto materiale accordato dalla Confederazione è stato del tutto insufficiente, poiché se si pensa che nella industria alberghiera sono investiti centinaia di milioni, cui fanno fronte altre centinaia di milioni di ipoteche, se si considera che questa industria è una delle più importanti del nostro paese, i sussidi finora accordati dalla Confederazione in una lunga serie di anni, nella misura di 12 milioni, sono eccessivamente modesti.*

Per questa la Società Fiduciaria Alberghiera, preoccupata di risolvere il problema dello *sdebitamento* si affrettò a sottoporre all'attento esame e studio del Consiglio Federale uno speciale progetto il quale prevedeva l'ammortamento e la riduzione obbligatoria dei crediti ipotecari non sufficientemente garantiti dal real estate degli stabili, e permetteva entro limiti assai vantaggiosi di conseguire uno sdebitamento progressivo, senza speciali sussidi della Confederazione. Ma gli avvenimenti di questi ultimi mesi hanno purtroppo relegato questo progetto negli Archivi, perché

esso non permetteva più di rimediare ad una situazione che da critica era diventata insostenibile. E però interessante ed opportuno ricordare il tentativo fatto dalla prefata Società, una delegazione della quale verso la fine del 1939 ebbe anche una conferenza col Consigliere Federale On. Baumann. Le misure prospettate a quel momento in vista di una azione di soccorso generale, erano particolarmente interessanti, ma purtroppo già questa primavera l'On. Baumann, in considerazione dei gravissimi avvenimenti sopravvenuti in Europa, dell'instabilità della situazione economica e dell'incertezza dell'avvenire, ci comunicava di non poter più considerare opportuna la ulteriore trattazione della questione. Infatti l'attuale valore di reddito di numerosi alberghi è eccessivamente ridotto e ben lontano da quello delle stime ufficiali, ed il loro valore commerciale è pure andato perso in larga misura. Ora, se si volesse in questi momenti procedere ad ammortamenti e sdebitamenti coll'aiuto della Confederazione, sarebbero indispensabili delle somme considerevoli, che certamente nei momenti presenti non ci verrebbero concesse.

D'altra parte, considerando che la causa principale del male in cui ci dibattiamo è l'eccessiva riduzione della frequenza dei turisti, si poteva forse pensare di chiedere un certo numero di alberghi. In realtà i calcoli fatti hanno dimostrato che per permettere ai nostri alberghi un rendimento commerciale e vantaggioso, bisognerebbe chiudere un numero ragguardevole, per una totale di almeno 50.000 letti. Ma un tale provvedimento ci costringerebbe ad indennizzare i proprietari di queste case, e necessiterebbe sussidi rilevantissimi, quali non possono essere neppure lontanamente sperati.

*Il problema dello sdebitamento non può quindi venir seriamente risolto se non coll'intervento di sé sussidi statali, e pertanto abbiamo deciso di seguire il consiglio dell'On. Cons. Fed. Baumann, e di attendere il ritorno della normalità, accontentandoci per il momento di misure provvisorie, che ci debbano permettere di sorpassare i durissimi tempi in cui viviamo. Queste misure rappresentano, al punto in cui siamo, una vera necessità, e la loro soluzione ci permetterà di preparare un'opera definitiva tale da trasformare radicalmente l'economia alberghiera, grazie alla adozione dei provvedimenti più utili e convenienti. Fra le misure provvisorie noi abbiamo in vista non soltanto la *riduzione dei debiti*, ma anche la *temporanea chiusura di case che si manifestano improduttive*, e che sono in soprannumerario, come pure la trasformazione e riattivazione di pacifici alberghi secondo moderni criteri.*

Affronto ora un nuovo argomento la cui soluzione potrebbe pure portare un sensibile miglioramento nell'economia alberghiera, grazie ad una semplice ma rigorosa organizzazione interna, senza necessità di nuovi sussidi o sacrifici.

Trattasi del regolamento e precisa determinazione dei prezzi per le singole categorie di alberghi. Questo è un problema altamente interessante, direi quasi essenziale non solo per gli albergatori, ma per tutti in nostri fornitori, creditori e banchieri. Esso è tanto più importante perché rientra nel quadro generale delle misure indispensabili di risanamento preconizzate dalla nostra associazione, le quali possono svolgere utilmente i loro effetti, soltanto se applicate nella loro integrità e generalità. I risultati finora raggiunti, pur essendo assai apprezzabili, non sono ancora influenti, perché per il momento l'applicazione di questa regolamentazione si è limitata alla spontanea accettazione da parte di ancora poche case del progetto allestito dalla nostra associazione.

Effetti e vantaggi ben maggiori potrebbero constatarsi soltanto quando il sistema da noi proposto, potrà venire imposto obbligatoriamente a tutti gli albergatori svizzeri. La soluzione dovrà quindi venire da una decisione del Consiglio Federale, il quale oggi grazie ai pieni poteri che gli sono stati attribuiti, può dare forza di legge ai nostri statuti professionali, alla stessa stregua di quanto già è stato fatto coi vantaggiosi risultati, che tutti conosciamo, per l'industria degli osti. A quel momento tutte le imprese alberghiere saranno sottoposte ad un severo controllo che le obbligherà a mantenere esattamente i prezzi che sono stati loro fissati, e questo permetterà ad ogni albergatore di potersi trincerare dietro questa norma imperativa per sottrarsi alle insistenze ed esigenze di clienti che pretendono ingiustificati ribassi, consentendo così la possibilità di corrispondere un trattamento adeguato al prezzo pagato ed all'importanza della casa; ed al tempo stesso proteggerà il cliente dal pericolo che certi albergatori possano applicargli dei prezzi superiori a quelli consentiti dalla divisione delle singole categorie. Il vantaggio dell'applicazione di questa misura è di tutta evidenza e sarà di valido aiuto per sorpassare questi gravi momenti di crisi evitando una sferzata concorrenza ed una falsa politica di riduzione dei prezzi, la quale porterebbe la doppia conseguenza negativa di influire sulla qualità del trattamento della clientela, a tutto scapito del buon nome degli alberghi svizzeri,

La tranne due, l'intérêt ou l'amende peuvent être remis totalement ou partiellement aux contribuables qui sont tombés dans le dénuement ou qui, pour toute autre raison (service militaire actif prolongé, pertes importantes subies sur la fortune après le 1er janvier 1940, etc.), se trouvent dans une situation telle que le paiement aurait pour eux des conséquences très dures.

Pour la procédure à suivre pour faire valoir de telles demandes, on se référera à l'ASDN lui-même.

Pour terminer, nous ne voudrions pas oublier de rappeler que, lors des discussions que la SSH a eues avec l'administration fiscale fédérale pour obtenir des éclaircissements généraux et pour défendre les intérêts de ses membres, les autorités en question ont fait preuve de beaucoup de compréhension et de bienveillance envers l'hôtellerie, étant donnée la situation précaire de cette dernière. On peut espérer que les autorités fiscales cantonales tiendront aussi compte, dans la mesure du possible, des conditions particulières dans lesquelles nous nous trouvons, spécialement dans les régions de tourisme. On ne sait que trop qu'il n'y a pas grand chose à attendre d'entreprises que la guerre et la crise ont amenées au seuil de la ruine.

Disons aussi d'autre part que l'hôtellerie ne demande pas un traitement de faveur, mais elle désire être taxée équitablement et justement, et que l'on tienne compte des circonstances qu'elle traverse. L'hôtelier sait très bien que le sacrifice pour la défense nationale doit remporter un plein succès, car il s'agit là d'une démonstration de notre ferme volonté de maintenir une Confédération saine et forte. Il faut donc que chacun soit imposé selon ses moyens, si l'on veut parvenir à ce but.

Indo proposto, potrebbe pure avere un favorevole accoglimento, perché tanto i fornitori che gli artigiani preferiscono ricevere, anche in misura ridotta, il sollecito pagamento dei loro avere piuttosto che sperare un maggior ricavo con la procedura di una moratoria troppo lunga. Sarà pertanto nostra preoccupazione di usare di tutti i mezzi onde raggiungere un utile risultato in via di bonae accordi coi nostri creditori, ed in tal modo potremmo evitare infinite procedure giudiziarie e rilevanti spese a tutto vantaggio dei creditori stessi.

*Resta ora ad esaminare il problema del *seguimento di mezzi liquidi necessari*. Penso che difficilmente potremo fare ulteriore assegnamento su crediti di Banche o di privati. Anche la Confederazione si mostra sempre più riservata e limitata nei suoi sussidi che concede, cosicché per avere i capitali necessari dovremo domandare al Consiglio Federale che ci metta a disposizione il denaro di cui abbiamo bisogno, a semplice titolo di prestito. Per facilitare poi alla Confederazione la concessione di questi prestiti, la citata ordinanza prevede per questo somma un diritto di pegno privilegiato, e questo ci dà fondate speranze di ritenere che già prossimamente riceveremo i primi anticipi, nella misura di parecchi milioni. Questo nostro ottimismo è tanto più fondato perché la Confederazione, la quale nell'accordare sovvenzioni in tanti altri rami dell'attività nazionale, ha dimostrato una confortante larghezza, certamente saprà venirci incontro in adeguata misura, conoscendo esattamente l'importanza dell'industria alberghiera per l'economia Svizzera, e sapendo quanto largamente noi abbiamo pagato i nostri contributi alle casse Federali e Cantonali negli anni di prosperità.*

Affronto ora un nuovo argomento la cui soluzione potrebbe pure portare un sensibile miglioramento nell'economia alberghiera, grazie ad una semplice ma rigorosa organizzazione interna, senza necessità di nuovi sussidi o sacrifici.

Trattasi del regolamento e precisa determinazione dei prezzi per le singole categorie di alberghi. Questo è un problema altamente interessante, direi quasi essenziale non solo per gli albergatori, ma per tutti in nostri fornitori, creditori e banchieri. Esso è tanto più importante perché rientra nel quadro generale delle misure indispensabili di risanamento preconizzate dalla nostra associazione, le quali possono svolgere utilmente i loro effetti, soltanto se applicate nella loro integrità e generalità. I risultati finora raggiunti, pur essendo assai apprezzabili, non sono ancora influenti, perché per il momento l'applicazione di questa regolamentazione si è limitata alla spontanea accettazione da parte di ancora poche case del progetto allestito dalla nostra associazione.

Effetti e vantaggi ben maggiori potrebbero constatarsi soltanto quando il sistema da noi proposto, potrà venire imposto obbligatoriamente a tutti gli albergatori svizzeri. La soluzione dovrà quindi venire da una decisione del Consiglio Federale, il quale oggi grazie ai pieni poteri che gli sono stati attribuiti, può dare forza di legge ai nostri statuti professionali, alla stessa stregua di quanto già è stato fatto coi vantaggiosi risultati, che tutti conosciamo, per l'industria degli osti. A quel momento tutte le imprese alberghiere saranno sottoposte ad un severo controllo che le obbligherà a mantenere esattamente i prezzi che sono stati loro fissati, e questo permetterà ad ogni albergatore di potersi trincerare dietro questa norma imperativa per sottrarsi alle insistenze ed esigenze di clienti che pretendono ingiustificati ribassi, consentendo così la possibilità di corrispondere un trattamento adeguato al prezzo pagato ed all'importanza della casa; ed al tempo stesso proteggerà il cliente dal pericolo che certi albergatori possano applicargli dei prezzi superiori a quelli consentiti dalla divisione delle singole categorie. Il vantaggio dell'applicazione di questa misura è di tutta evidenza e sarà di valido aiuto per sorpassare questi gravi momenti di crisi evitando una sferzata concorrenza ed una falsa politica di riduzione dei prezzi, la quale porterebbe la doppia conseguenza negativa di influire sulla qualità del trattamento della clientela, a tutto scapito del buon nome degli alberghi svizzeri,

NEUCHÂTEL CHÂTEAUX
la marque des bons hôtels...

Exception à propos de la taxe de chauffage

Nous attrirons expressément l'attention de nos membres sur l'exception que le Comité central a décidée de faire à propos de la taxe de chauffage, pour les voyageurs de commerce. Voir à ce sujet le compte rendu de la séance du Comité central; il ne sera pas envoyé de circulaire.

di impedire che gli alberghi possano accostare quel minimo di riserve onde far fronte a tutti i lavori di riattazione dei loro stabili, indispensabili per poterli mantenere all'altezza della fama internazionale.

Nel campo delle disposizioni legislative prese dalla Confederazione nei nostri confronti, dobbiamo ancora ricordare le misure concernenti la proibizione di costruire nuovi alberghi durante i periodi di crisi. È evidente la necessità di una tale ordinanza, perché tutti i progetti studiati, i sussidi e gli aiuti sarebbero vani, se potesse sussestarsi, per uno spirito di malsana concorrenza, la possibilità di creare nuovi alberghi od aumentare in qualsiasi altro modo il numero dei letti disponibili. Finora noi beneficiamo di un'ordinanza federale, che regola in forma abbastanza severa questa materia, ma che erroneamente, a nostro giudizio, ha lasciato ai Cantoni troppa libertà nella sua applicazione e nell'apprezzamento delle circostanze che accordano l'autorizzazione a nuove costruzioni. Il nostro postulato è invece quello di rendere l'applicazione di queste norme ancora più severe, e di limitare l'autorizzazione di nuovi fabbricati od ampliamenti, a casi tutt'affatto eccezionali.

Analogamente bisogna impedire la possibilità di aumentare il numero dei letti disponibili per l'industria alberghiera, limitando la facoltà di lo-

cazione di camere presso privati. Dopo le deliberazioni prese in seno al nostro Comitato ed i ripetuti interventi fatti presso le Autorità, nuovi risultati sono stati raggiunti. — Già diversi Cantoni hanno emanato ordinanze che assimilano agli alberghi quei privati che affittano camere per durate inferiori ad un certo minimo periodo di tempo, ed impongono altre importanti restrizioni, cosicché questa tendenza ci da sicuro affidamento che anche nel campo della legislazione federale vengano prese delle precise norme che per il momento sono ancora allo stato di progetto. — A buon conto sappiamo che le misure studiate e che in larga parte hanno già avuto l'approvazione delle Commissioni parlamentari, sono assai radicali e vogliono tagliare alla radice il male che alla nostra industria crea la concorrenza degli affitti camere privati. (A suivre)

Petites Nouvelles

Un hôtelier fait une chute mortelle

Un hôtelier nyonais, M. Auguste Grosjean, âgé de 47 ans, tenantier de l'Hôtel de la Croix-Nyon à Nyon, a fait une chute à vélo sur la route cantonale Nyon-La Cure. Découvert sur la chaussée par un militaire et transporté à l'hôpital, M. Grosjean succomba peu après des suites de sa chute.

PAHO

Assemblée des délégués 1940

Les motions présentées par les associations fondatrices ainsi que par les membres doivent être remises jusqu'au

31 octobre 1940

Le Conseil fédéral proroge les mesures de protection juridique en faveur de l'hôtellerie

Dans sa séance du 22 octobre 1940, le Conseil fédéral a approuvé et pris une ordonnance sur des mesures de protection juridique temporaires en faveur de l'industrie hôtelière et de la broderie. Cette ordonnance entre en vigueur le 25 octobre; elle correspond dans ses grandes lignes et, quant aux principales prescriptions, au projet qui a été soumis à notre assemblée des délégués.

Cette ordonnance donne droit à l'hôtellerie, pour autant qu'il en fasse la demande et, à certaines conditions, d'avoir recours aux mesures suivantes :

1. **Sursis:** Pour les créances en capital et intérêt garanties par gage immobilier et créances garanties par gage mobilier ou par nantissement de créances chirographaires; pour les créances en capital et intérêt non garanties; pour les annuités

afférentes au titre de gage amortissable de la SFSH. Ces sursis peuvent être demandés jusqu'à fin 1941.

2. **Intérêt dépendant du résultat d'exécution (intérêt variable).**

3. **Amortissement des créances en intérêt et impôts garanties par gage.**

4. **Remise des dettes chirographaires.**

Ainsi, grâce à l'énergie et à la ténacité dont le Comité central a fait preuve depuis le début de la guerre et, grâce aussi à la collaboration de la SFSH et à l'esprit compréhensif des autorités fédérales compétentes, un des plus importants postulats de notre Société a pu être réalisé en temps utile. Cette ordonnance proroge donc les mesures juridiques temporaires et elle ouvre la voie à un assainissement définitif de notre industrie.

Le texte complet de l'ordonnance ainsi qu'un commentaire émanant d'une plume autorisée paraîtront dans les prochains numéros de notre journal.

nités journalières, devront donc dorénavant être remises à la caisse le jeudi (au lieu du vendredi).

Administration de la PAHO.

KÖCHE

Vorlagen Sie kostenlose Prospekte mit Inhaltsverzeichnis über meinen berühmten, einzig dastehenden Kochkoffer. Dieser Werkzeugkoffer (Koch Kiste) ist für Sie unentbehrlich. Ein großer Innenraum für Ihre Küchenutensilien und verschiedene Dinge. Der Preis ist derzeit von Zeitumständen angepasst und die Bezugbedingungen sind außerordentlich günstig, so dass jeder Koch sich einen solchen Koffer anschaffen kann. Sie können den Inhalt auch stückweise beziehen und den feinen, soliden und praktisch installierten Fiber-Koffer nach Belieben.

Joseph Huber, Spezialgeschäft Schönenwerd Telefon 31373

Hotel-Sekretärkurse

Spezialausbildung in allen für den modernen Hotel- u. Restaurantbetrieb notwendigen Kaufmännischen und betriebswirtschaftlichen Fächern: Frontendepartement, Sonderkurse für Rezeptions-, Dolmetscherkurs, individuellen Unterricht, Basche und gründliche Ausbildung. Diplome, Stellenvermittlung, Jeden Monat Neuauflagen. Auskunft und Prospekte durch

GADEMANNS FACHSCHULE, ZÜRICH, Gessnerallee 32.

... aber gewiss, nur bei Inserenten kaufen!

Stellen-Anzeiger № 43

Moniteur du personnel

Stellengesuche - Demandes de Places

Jusqu'à 4 lignes. — Chaque ligne en plus, 50 centimes. Suisse Etranger
Première insertion (maxim. 4 lignes) Fr. 3.— Fr. 3.—
Pour chaque répétition non interrompu Fr. 2.— Fr. 3.—
Les timbres-poste ne sont pas acceptés en paiement. Paiement à l'avance. — Envoyez d'argent sans frais, en Suisse, au compte de chèques postaux V 85. A l'étranger, mandat postal. Pour le renouvellement d'ordres, indiquer le chiffre. On n'envoie pas d'exemplaires justificatifs

Bureau & Reception

Aulandschweizer, 30jähr., mit la Zeugnissen, vier Hauptfächer sprachkenntlich, sucht Stelle als Sekretärin-Chef de reception, sofort oder nach Übereinkunft. Zeugnisse Ansprüche. Offerthen unter Chiffre 903

Hofsekretärin, 23jährig, erfahrene, sprachkenntlich, Kenntnisse im Buffetdienst und Economat, sucht Stelle in Erst- oder Zweitklassshotel. Offerthen unter Chiffre 92

Sekretärin-Buchhalterin, mit gründlichen Kenntnissen der Buchhaltung und allen vorkommenden Arbeiten in Hotel oder Grossrestaurant-Bureau, sucht Jahresstelle. Beste Referenzen und Zeugnisse zur Verfügung.

Salle & Restaurant

Bartender, sprachkenntlich, gut präsentierend, erstklassige Verkäuferin, sucht Stelle für sofort oder nach Übereinkunft. Offerthen erb. u.

Maitre d'hôtel, âgé de 30 ans, marié, parlant les quatre langues, cherche place pour la saison d'hiver ou à l'année. Certificats et références de tout premier ordre. Offers sous chiffre 77

Berkelliner, Chef de service, 33 j. dienstfrei bis April, sucht Stelle. Ia. Referenzen des In- und Auslandes. Offerthen unter Chiffre 90

Restauranttochter, freundliche, aufmerksame, selbständige sprachkenntlich, sucht Stelle in gutem Restaurant. Gewandt in la Carte- und Saalservice sowie Stoßbetrieb. Offerthen unter Chiffre 50

Achtung! Bellage des Briefports (lose aufgeklebt) zur Weiterbeförderung der Offerthen gefüllt nicht unterlassen!

SCHWEIZER HOTELIER-VEREIN

Offiz. Stellenvermittlungsdienst, "Hotel-Bureau"

Gartenstrasse 112 BASEL Telefon 27933

Vakanzliste

des Stellenvermittlungsdienstes

Offiz. Antrag auf nachstehend ausgeschriebenes offenes Blatt und unter Angabe der betreffenden Nummer auf dem Umschlag und mit Briefporto-Bellage für die Weiterleitung an den Stellenwart.

"HOTEL-BUREAU" (nicht Hotel-Revue) zu adressieren. Eine Sendung kann mehrere Offerthen enthalten.

4468 Restauranttochter, Hotel 30 Betten, Kt. Aargau.
4469 Linge-Liefer-Stopferin, Lingeriemädchen, Hotel 100 Betten, Genf.

4472 Gouvernante-Stütze der Haushfrau, Jahresstelle, Hotel 60 Betten, Wallis.

4474 Kaffe-Hausmädchen, sofort, Interlaken.

4475 Servicetochter, sofort, möglichst Hotel, Vierw.

4475 Buffetdamoiselle od. Buffettöchter, sofort, grosseres Passantenhotel, Oberschwyz.

4476 Junge Zimmermädchen, Deutsch, Franz., Jahresstelle, sofort, kleine Hotel, Luzern.

4477 Junge Kochin, kleines Hotel, Adelboden.

4484 Tüchige Altersalochter, jüngste Linge, Wintersaison, mittleres Hotel, Davos.

4486 Junge Hilfskochin für Wintersaison, kleiner Hotel, Davos.

4488 Junge Saalreinigerin, Ende Okt., Jahresstelle, Hotel 100 Betten, Genufersee.

jüngere Serviettochter, Zimmermädchen (nah- und lingereikundig), mittlerg. Hotel, Grindelwald.
Junior-Serviettochter, sprachig, sofort, erstkl. Restaurant, Käfig, Zürich.
Junge Linge, Zimmermädchen, mittelgr. Hotel, Thunersee.
Kuchenbürsche-Casseroller, Grossrestaur., Basel.
Sekretärin-Blouse, sofort, Hotel 1. Rg., grössere Stadt, Zürich.
Sekretärin, sofort, der Haushalt, nicht unter 30 Jahren, Grossrestaur., Basel.

5411 Gläterin, II. Gläterin, Lingeriemädchen, Office-Küchenmädchen, II. Kaffee, Anfang-Zimmermädchen, Angehörige, Grossbürsche, Kuchenbürsche, Wintersaison, Hotel 1. Rg., Grub.
Commis de cuisine, 20-25 ans de suite, hotel 60 lits, Lac Leman.

5421 Kuchenbürsche, sofort, mittelgr. Hotel, Tessin.
Kuchenbürsche, sofort, Grossrestaur., Basel.
5431 Matron, Kaffe-Hausmädchen, sofort, Privateins (auch Kochen), Zufriedenheit als Frühjahr Engagement im Hotel Kochen, Glätterin-Stopferin, sofort, Grossrestaur., Basel.

5432 Commis de dame, Demi-Chef, mittelgr. Passantenhotel, franz.-Schweiz-Restaur., sofort, Grossrestaur., Basel.

5437 Zürcher Kuchenbürsche, Grossrestaur., Basel.

5452 Tochter für Service u. Mithilfe im Haushalt, sofort, Hotel 30 Betten, Zentralschweiz.

5458 Kuchenbürsche, sofort, Grossrestaur., Basel.

5462 Matron, Kaffe-Hausmädchen, sofort, Privateins (auch Kochen), Zufriedenheit als Frühjahr Engagement im Hotel Kochen, Glätterin-Stopferin, sofort, Grossrestaur., Basel.

5463 Tochter für Service u. Mithilfe im Haushalt, sofort, Hotel 30 Betten, Zentralschweiz.

5464 Kuchenbürsche, sofort, Grossrestaur., Basel.

5465 Matron, Kaffe-Hausmädchen, sofort, Privateins (auch Kochen), Zufriedenheit als Frühjahr Engagement im Hotel Kochen, Glätterin-Stopferin, sofort, Grossrestaur., Basel.

5466 Kuchenbürsche, sofort, Grossrestaur., Basel.

5467 Junge Kuchenbürsche, sofort, Grossrestaur., Basel.

5468 Junge Kuchenbürsche, sofort, Grossrestaur., Basel.

5469 Junge Kuchenbürsche, sofort, Grossrestaur., Basel.

5470 Junge Kuchenbürsche, sofort, Grossrestaur., Basel.

5471 Sekretärin-Vollarbeiterin, mittelgr. Hotel, Luzern.

5472 Kuchenbürsche, sofort, Grossrestaur., Basel.

5475 Jüngste Kochin, Grossrestaur., Basel.

5482 Junge Kuchenbürsche, sofort, Grossrestaur., Basel.

5483 Junge Kuchenbürsche, sofort, Grossrestaur., Basel.

5484 Junge Kuchenbürsche, sofort, Grossrestaur., Basel.

5485 Junge Kuchenbürsche, sofort, Grossrestaur., Basel.

5486 Junge Kuchenbürsche, sofort, Grossrestaur., Basel.

5487 Junge Kuchenbürsche, sofort, Grossrestaur., Basel.

5488 Junge Kuchenbürsche, sofort, Grossrestaur., Basel.

5489 Junge Kuchenbürsche, sofort, Grossrestaur., Basel.

5490 Junge Kuchenbürsche, sofort, Grossrestaur., Basel.

5491 Junge Kuchenbürsche, sofort, Grossrestaur., Basel.

5492 Junge Kuchenbürsche, sofort, Grossrestaur., Basel.

5493 Junge Kuchenbürsche, sofort, Grossrestaur., Basel.

5494 Junge Kuchenbürsche, sofort, Grossrestaur., Basel.

5495 Junge Kuchenbürsche, sofort, Grossrestaur., Basel.

5496 Junge Kuchenbürsche, sofort, Grossrestaur., Basel.

5497 Junge Kuchenbürsche, sofort, Grossrestaur., Basel.

5498 Junge Kuchenbürsche, sofort, Grossrestaur., Basel.

5499 Junge Kuchenbürsche, sofort, Grossrestaur., Basel.

5500 Junge Kuchenbürsche, sofort, Grossrestaur., Basel.

Le Conseil fédéral proroge les mesures de protection juridique en faveur de l'hôtellerie

Dans sa séance du 22 octobre 1940, le Conseil fédéral a approuvé et pris une ordonnance sur des mesures de protection juridique temporaires en faveur de l'industrie hôtelière et de la broderie. Cette ordonnance entre en vigueur le 25 octobre; elle correspond dans ses grandes lignes et, quant aux principales prescriptions, au projet qui a été soumis à notre assemblée des délégués.

Cette ordonnance donne droit à l'hôtellerie, pour autant qu'il en fasse la demande et, à certaines conditions, d'avoir recours aux mesures suivantes :

1. **Sursis:** Pour les créances en capital et intérêt garanties par gage immobilier et créances garanties par gage mobilier ou par nantissement de créances chirographaires; pour les créances en capital et intérêt non garanties; pour les annuités

afférentes au titre de gage amortissable de la SFSH. Ces sursis peuvent être demandés jusqu'à fin 1941.

2. **Intérêt dépendant du résultat d'exécution (intérêt variable).**

3. **Amortissement des créances en intérêt et impôts garanties par gage.**

4. **Remise des dettes chirographaires.**

Ainsi, grâce à l'énergie et à la ténacité dont le Comité central a fait preuve depuis le début de la guerre et, grâce aussi à la collaboration de la SFSH et à l'esprit compréhensif des autorités fédérales compétentes, un des plus importants postulats de notre Société a pu être réalisé en temps utile. Cette ordonnance proroge donc les mesures juridiques temporaires et elle ouvre la voie à un assainissement définitif de notre industrie.

Le texte complet de l'ordonnance ainsi qu'un commentaire émanant d'une plume autorisée paraîtront dans les prochains numéros de notre journal.

au Comité de la PAHO, Marktgas 3, Bâle. Toute motion parvenant après cette date ne pourra plus être prise en considération.

Administrations de la PAHO.

Semaine de 5 jours à l'administration de la PAHO

En exécution des prescriptions relatives à l'économie de combustible, les bureaux de l'administration de la PAHO (Marktgasse 3, Bâle) seront ouverts comme suit jusqu'à nouvel avis: Lundi et vendredi: 07.45—12.00; 13.45—18.15.
Les cartes de contrôle sont destinées au minimum deux semaines timbrées donnant droit aux indemnités journalières, devront donc dorénavant être remises à la caisse le jeudi (au lieu du vendredi).

Administrations de la PAHO.



Auch Ihre kleinsten Wünsche schätzen wir. Bitte verfügen Sie über uns.

Schuster

Teppichhaus St.Gallen Zürich

Wir empfehlen Ihnen
Angestellten-Salairbücher
deutsch oder französisch

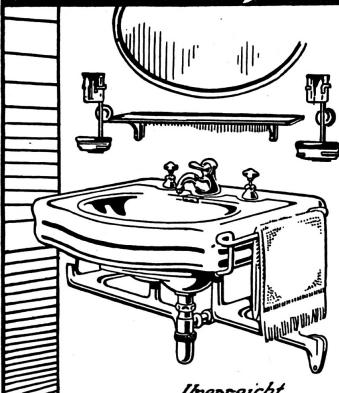
Koch & Uttinger, Chur

REVUE-INSERATE
halten Kontakt mit der Hotellerie!

TROESCH's

HOTEL-ZIMMER-TOILETTE

Triumph



Unerreicht
in Eleganz
und Qualität.

TROESCH & C°, A.-G.
BERN - ZÜRICH - ANTWERPEN



NESTLÉ

LENDI & CO.

Produzentenkellereien
St.Gallen/Malans/Chur

1865-1940
75 JAHRE LENDI-WEINE

Malans demi sec

aus der blauen Malanser Traube
der goldene wildschäumende Herrschafts-Edelwein

Marc de Malans

Eigendestillat, alte Jahrgänge 1926, 1929

"FERRUM"



Waschmaschinen
Zentrifugen
Trockenanlagen
Glättemaschinen

Verlangen Sie Prospekte oder Ingenieuren-Besuch

FERRUM A.G. Wäschereimaschinen-Fabrik, Rupperswil
Tel. No. 3 4118 und 3 4119

Gesucht für Wintersaison ein selbständiger

Grill-Chef
für Spezialitäten-Restaurant, sowie 2-3
gut präsentierende, tüchtige

Serviertöchter

Gef. Offeren unter Chiffre S. R. 2723 an die Schweizer Hotel-Revue, Basel 2.

Pianiste Jazz

jeune homme, 26 ans, Suisse, présent, bien, parf. éducat.,
cherche pour saison d'hiver dans hôtel montagne ou thè-
dansant engagement contre entretien et petit salaire.
Ecrire sous chiffre P 37506 X Publicitas, Genève.

A VENDRE

dans localité industrielle de la
Suisse romande, un

bon hôtel

d'ancienne réputation, avec café,
restaurant, 12 chambres de voyageurs et locaux de sociétés.
Confort moderne. Bonne clientèle. Pour tous renseignements,
écrire sous chiffre P 3345 N à Publicitas Neuchâtel.

Gut erhaltenener, französischer

Kohlenherd

kombiniert mit 400 l-Boiler

verkauft billig

KRANKENHAUS B E L P.

Junge Tochter mit
3jähriger Praxis und
Handelsschule sucht

Bureaustelle

per sofort oder nach Ueberein-
kunft. Off. um. Chiffre G. E. 2767

Junger, tüchtiger und solider

Koch

sucht passende Stelle in

Brigade oder Allein

Eintritt könnte sofort erfolgen.

Offeren sind erbet an Alfr. Fahr-

drich, Hotel Hirschen, Sursee.

Zu verkaufen eine neue
Apparatur

(Tischmodell) zur Herstellung von
selbst- u. hausgemachten

**Eierkücheli und
Ravioli.**

Wälzenbreite: 22 cm. Maschinenhö-
he: 24 cm. Preis nach Ueben-

einigung. Anfragen unter Chiffre

L 7289 an die Publicitas Zürich.

Junger, tüchtiger und solider

Koch

sucht passende Stelle in

Brigade oder Allein

Eintritt könnte sofort erfolgen.

Offeren sind erbet an Alfr. Fahr-

drich, Hotel Hirschen, Sursee.



DIE BAR DER AN-
ZIEHUNGSPUNKT
EINES JEDEN
GUTEN HOTELS

WIR MACHEN IHREN
VORSCHLAEGE, OFFERTE
ÜBER UMBAU
NEUEINRICHTUNGEN

MEER
EFFINGERSTR. 21 BERN

Briefliche

Gästewerbung

ist die erfolgreichste
und billigste. Ich ent-
werfe Ihnen Werbe-
briefe zu Fr. 20.-.
Genaue Angaben.

S. Lötscher,
Spezialist f. Gästewerbung
Jenins (Gr.)

**DIE
ANNONCE**

ist die Kraft,
die immer wieder
Umsatz schafft!

Lehrstelle auf Bureau
für 17jährigen Jungling gesucht.
Muttersprache Italienisch, gute
Kenntnisse Franz. und Deutsch.
Immobilien-Agentur VOLUNTAS,
Lugano.

**Jee
Kaffee**

Verlangen Sie Offer-
ten u. Muster meiner
guten Mischungen.

Hans Giger Bern
Gutenbergstrasse 3
Telephon 2735

Wirklich warm im Augenblick
mit wenig Strom



durch



Rotax
der neuen elektr. Heiz-
ung mit Luft-Umwölung

Hersteller: **Albert Balzer**, Elektr. Apparate
Basel - St. Albavorstadt 2 - Telephon 25847

Zu vermieten per 1. April 1941
(event früher) im Bade-Kurort
Rheinfelden ein neuzeitlich eingerichtetes

Hotel
mit Tages-Restaurant

(30 Bett). Branchekundige Interessenten, welche für
die Übernahme des Inventars etc. über eigene Betriebs-
mittel verfügen, belieben sich zu melden unter Chiffre
H. T. 2755 an die Schweizer Hotel-Revue, Basel 2.

Wer tauscht kleineres
Hotel an neuzeitliche
Renditenliegenschaft
mit Restaurant in Basel? Offeren unter Chiffre X 5572 Q
an Publicitas AG., Basel.

Chef de cuisine
1er ordre, de 34 à 38 ans. célibataire avec avoir,
est demandé comme associé.
S'adresser sous chiffre A. S. 2745 à la Revue Suisse des
Hotels à Bâle 2.



**HORGEN
GLARUS**

zeitgemäß
zweckmäßig
formschön
bequem

A.-G. Möbelfabrik
Horgen Glarus in Horgen